

Achim Trunk

Europa, ein Ausweg

Studien zur Internationalen Geschichte

Herausgegeben von Wilfried Loth
und Eckart Conze, Anselm Doering-Manteuffel,
Jost Dülffer und Jürgen Osterhammel

Band 18

Achim Trunk

Europa, ein Ausweg

Politische Eliten und europäische Identität
in den 1950er Jahren

R. Oldenbourg Verlag München 2007

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über

<http://dnb.d-db.de> abrufbar

Zugl.: Köln, Univ., Diss. 2005 unter dem Titel
„Ausweg Europa. Europäische Identität im Diskurs
der politischen Eliten, 1949 bis 1957“

© 2007 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München

Rosenheimer Straße 145, D-81671 München

Internet: oldenbourg.de

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlagbild: Curt Stenvert, Europa und der Stier, Vision 3000 © VG Bild-Kunst, Bonn 2007.

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier (chlorfrei gebleicht).

Gesamtherstellung: Druckhaus „Thomas Müntzer“ GmbH, Bad Langensalza.

ISBN 978-3-486-58187-4

Inhalt

Kapitel I: Eliten, Identitäten, Integration.	
Die Ausgangspunkte	7
1. Europäische Integration in historischer Perspektive	9
a. Die experimentelle Phase der europäischen Integration	10
b. Erklärungsmodelle	13
2. Politische Eliten im Europa-Diskurs 1949 bis 1957	19
a. Die europäischen Versammlungen	20
b. Die Europa-Parlamentarier: Einige Gruppencharakteristika	23
3. Kollektive Identität: Ein Konzept	32
a. Identität – Paradigma oder Plastikwort?	32
b. Das Instrumentarium: Analytische Schlüsselbegriffe	38
4. Forschungsobjekt europäische Identität	52
Kapitel II: Europa – ein diffuses Angebot.	
Europäische Identität, positiv begründet	59
1. Ein Europäer 1950 über Europa	60
2. Die europäische Zivilisation	63
a. Gemeinsames Erbe der europäischen Familie	64
b. Die europäische Wertegemeinschaft	71
3. Europäische Identität durch Sprache?	82
a. Vielfältiges Europa, sprachloses Europa	82
b. Eine europäische <i>lingua franca</i> ?	93
4. Symbole für Europa	100
a. Eine europäische Flagge	101
b. Hauptstadt gesucht	116
5. Identität und Integration: Vages Bild, wenig Antrieb	132
Kapitel III: Eine Familie von Zwergen zwischen zwei Riesen.	
Europäische Identität, negativ begründet	140
1. Die geographischen Grenzen Europas	140
a. „Freies Europa“ und europäische Irredenta	141
b. Binnengrenzen, Außengrenzen	144

2. Diagnose: Europa der Nationen im Niedergang.....	154
a. Europa, ehemalige Herrin der Welt	155
b. Den Niedergang erklären	159
3. Bedrohung aus dem Osten: Die Sowjetunion	171
a. Russischer Ausdehnungsdrang und bolschewistische Gefahr..	172
b. Im Wettbewerb mit der Sowjetunion	186
4. Ein übermächtiger Freund: Die USA	195
a. Schutzmacht der Freien Welt.....	195
b. Amerika – Emporkömmling und Konkurrent.....	201
5. Identität und Integration: Europa bauen oder untergehen.....	208
 Kapitel IV: Das Europa der machtlosen Nationen.	
Elemente nationaler Identitäten.....	231
1. Starke Wurzeln: Nationale Identitäten, positiv begründet.....	231
2. Alternativen zu Europa: Identifizierende Elemente	243
a. Britische <i>kinsmen</i> in aller Welt	243
b. Frankreich und das Dilemma der Unionen	251
3. Stolpersteine für Europa: Konkurrierende Elemente.....	262
a. Die Saar und das europäische Gleichgewicht.....	262
b. Das Wasser abgegraben: Der Rheinseitenkanal.....	282
4. Am europäischen Rande: Antagonistische Elemente.....	293
a. Zypern – Kind welcher Mutter?	293
b. Vereinigtes Königreich, geteiltes Irland	296
5. Ein Ende des Nullsummenspiels der Nationen: Kooperation als neuer Königsweg.....	300
 Kapitel V: Ausweg Europa.	
Bilanz und Ausblick.....	315
1. Bilanz der Ergebnisse.....	315
a. Europäische und nationale Identitäten 1949 bis 1957.....	316
b. Fazit: Wie Identitäten die Integration formten	320
2. Ausblick: Europäische Identität, damals und heute.....	331
 Nachwort	351
Verzeichnisse	352
1. Quellen.....	352
a. Unveröffentlichte Quellen.....	352
b. Gedruckte Quellen.....	353
c. Quellen im Internet.....	355
2. Literatur	356
3. Abkürzungen.....	382
4. Personen	383

I. Eliten, Identitäten, Integration

Die Ausgangspunkte

Die Jahre von 1949 bis 1957 können als die *experimentelle Phase* der europäischen Integration apostrophiert werden: In ihnen wurden verschiedene Formen der westeuropäischen Einigung nicht nur vorgeschlagen und diskutiert, sondern es wurden auch ernsthafte Versuche unternommen, sie in die Praxis umzusetzen. Dabei unterschieden sich die Ansätze, mit denen „experimentiert“ wurde, deutlich voneinander. So gab es Projekte, die unmittelbar zu einer politischen Einheit gelangen wollten, und andere, die zunächst auf ökonomische Integration abzielten. Es gab einen Versuch, zwölf Staaten oder mehr zu vereinen, und einige andere, die sich auf ein „Kerneuropa“ mit sechs Ländern beschränkten. Ein Ansatz bezog sich vor allem auf den politischen Bereich und schloß den Bereich der Verteidigung ausdrücklich aus – ein anderer dagegen wollte umgekehrt die militärische Einigung vorwegnehmen, um diese erst anschließend politisch einzufassen. Und unter den vordergründig ökonomischen Integrationsprojekten gab es das Projekt einer „horizontalen“ Wirtschaftsintegration, die zu einem umfassenden Gemeinsamen Markt führen sollte; es fanden sich aber auch „vertikale“ Ansätze, die sich auf je einen Wirtschaftssektor fokussierten. Dabei wurde einmal ein Sektor der Volkswirtschaft vergemeinschaftet, dem traditionell eine zentrale Stellung zukam, ein anderes Mal konzentrierte man sich auf eine vermeintliche Zukunftstechnologie.

Während einige Projekte als – nicht nur an ihren eigenen Ansprüchen gemessen – gescheitert gelten müssen, lieferte eines eine Art Blaupause für die institutionelle Architektur, die auch das Gesicht der heutigen Europäischen Union (EU) noch prägt. Und ein anderes schließlich erwies sich als so wirkungsvoll, daß es in populären Darstellungen oft mit der europäischen Integration insgesamt gleichgesetzt wird. Es steht im Zentrum einer vielerzählten Erfolgsgeschichte, derzufolge die europäische Integration 1957 mit der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) in Rom begann und seitdem – wenngleich immer wieder von vorübergehenden Phasen des Stillstands unterbrochen – gleichgerichtet weiterverlief: Immer mehr Länder fanden sich zu einer immer weiter reichenden Integration bereit. Doch diese Linearität und Folgerichtigkeit ist konstruiert, und sie kann nur plausibel erscheinen, wenn man den Jahren vor Abschluß der Römischen Verträge wenig Beachtung schenkt. Ein näherer Blick auf die acht Jahre, die diesem Ereignis vorangingen, zeigt ein gänzlich anderes

Bild – nämlich eine prinzipiell offene Situation, in der sich selbst rückblickend keine Folgerichtigkeit ausmachen läßt.

Die vorliegende Studie will nun dazu beitragen, die Entwicklungsspielräume, die der europäische Integrationsprozeß in dieser frühen Phase besaß, besser zu charakterisieren. Ihr Grundgedanke besteht in der Annahme, daß kollektive Identitäten als eine Art politischer Tiefenstruktur angesprochen werden können – oder, um einen von Pierre Renouvin geprägten Begriff zu verwenden, als *forces profondes* der Geschichte, die Handlungs- und Entwicklungsspielräume gleichzeitig öffnen wie begrenzen.¹ Der Begriff *kollektive Identität* steht dabei, kurz gesagt, für ein veränderliches kulturelles System, das in seiner Gesamtheit eine Antwort auf die Frage „Wer sind wir?“ liefert. Das auf dieser Überlegung – kollektive Identitäten sind eine Grundstruktur der politischen Geschichte – fußende Konzept der Studie führt also die kulturwissenschaftliche Perspektive der Identitätenforschung mit einem politikgeschichtlichen Ansatz zusammen.

Um Aussagen über die Entwicklungspotentiale der europäischen Integration machen zu können, ist eine Konzentration auf bestimmte Komplexe kollektiver Selbstzuschreibung geboten. Im Zentrum dieser Studie steht dementsprechend eine Analyse der Vorstellungen von Europa und europäischer Gemeinsamkeit – oder kurz gesagt, der europäischen Identität. Aber auch nationale Identitäten werden analysiert, wobei solche Elemente ausgewählt werden, die für das Verständnis der europäischen Integration in dieser Phase und für eine Einordnung ihrer Entwicklungspotentiale von besonderer Bedeutung sind.

Die untersuchte Gruppe ist ebenfalls einzugrenzen, setzt doch die Analyse kollektiver Identitäten, will sie nicht an der Oberfläche bleiben, eine intensive Befassung mit Aussagen, Selbstzeugnissen und Kontexten voraus, die nur für eine begrenzte Gruppe geleistet werden kann. Jede Begrenzung schränkt jedoch auch die Gültigkeit der Aussagen ein, da die Auswahl gleichzeitig aussortiert und somit Aspekte vernachlässigt. Je geringer der Umfang der untersuchten Gruppe, desto größer ist dabei die Wahrscheinlichkeit, daß Zufallsverschiebungen das Gesamtbild prägen. Ein Weg aus diesem Dilemma besteht darin, Individuen auszuwählen, denen man in gewisser Hinsicht Repräsentativität zubilligt. Bei der Aufgabe, politisch akzentuierte kollektive Identitäten zu erfassen, ist es eine begründete Möglichkeit, sich auf politische Eliten (oder einen definierten Teil von diesen) zu beschränken. Dabei werden unter politischen Eliten jene Kräfte verstanden, die die Möglichkeit besitzen, politische Entscheidungsprozesse direkt zu beeinflussen.² Dieser Weg wird hier beschritten: Die Studie konzentriert sich auf einen Teil der politischen Eliten Westeuropas jener Zeit – auf jene Europapolitiker nämlich, die in den parlamentarischen Versammlungen auf europäischer

¹ Pierre Renouvin u. Jean-Baptiste Duroselle, *Introduction à l'histoire des relations internationales*, Paris (1964) 41991, *Première Partie: Les forces profondes*, S. 5–282.

² So definiert von Jost Dülffer, *Supranationalität und Machtpolitik im Denken deutscher politischer Eliten nach den beiden Weltkriegen*, in: Gottfried Niedhart u. Dieter Riesenberger (Hg.), *Lernen aus dem Krieg? Deutsche Nachkriegszeiten 1918–1945*, München 1992, S. 67–83, auf S. 67.

Ebene miteinander diskutierten. Es handelt sich hierbei um gut 600 Politiker,³ unter denen sich etliche der damals bekanntesten und einflussreichsten befanden. Dies erlaubt es nicht zuletzt, Vertreter der drei in jener Phase politisch wichtigsten westeuropäischen Länder (also Großbritanniens, Frankreichs und der Bundesrepublik Deutschland) besonders eingehend zu betrachten, ohne deswegen die Repräsentanten anderer Staaten aus dem Blick zu verlieren.

Die zentralen Fragen der Studie lauten dementsprechend: Inwieweit betrachteten sich führende Europapolitiker in der Nachkriegszeit überhaupt als Europäer? Woran knüpften sie im gegebenen Falle eine solche Selbstverortung? Welchen Einfluß übten diese Vorstellungen von europäischer Zusammengehörigkeit auf den Prozeß der europäischen Integration aus? Und schließlich: Welche Bedeutung für die Integration ist demgegenüber Vorstellungen von nationaler Zugehörigkeit und Besonderheit beizumessen?

Dazu wird zunächst in Kapitel I das analytische Raster der Arbeit entwickelt. Es charakterisiert die untersuchte Gruppe, erläutert das Konzept von kollektiver Identität, das der Untersuchung zugrunde liegt, und definiert die analytischen Schlüsselbegriffe. Mit Hilfe dieses Rasters analysieren die beiden anschließenden Kapitel, inwieweit sich unter den politischen Eliten der westeuropäischen Staaten 1949 bis 1957 eine europäische Identität formierte und – soweit dies zutrif – aus welchen Komponenten sie konstruiert wurde. Dabei wird unterschieden zwischen einer europäischen Identität aus der Wahrnehmung eigener Eigenschaften heraus (Kapitel II) und einer solchen, die auf der Abgrenzung von der Außenwelt basiert (Kapitel III). Kapitel IV widmet sich dann einigen ausgewählten, für die europäische Integration bedeutsamen Elementen der nationalen Identitäten. Kapitel V schließlich bilanziert die Ergebnisse und richtet noch einen kurzen Blick auf die gegenwärtigen Bedingungen europäischer Identität.

1. Europäische Integration in historischer Perspektive

Das „kurze 20. Jahrhundert“ begann, folgt man Eric Hobsbawms Vorschlag, 1914 und endete 1991.⁴ Aus der Perspektive des europäischen Staatensystems betrachtet,⁵ umfaßt diese Zeitspanne aber zwei sehr ungleiche Abschnitte:⁶ Die erste Phase dauerte bis 1945 und war durch innereuropäische Konflikte um

³ Diese Zahl beruht auf einer Erhebung des Verfassers.

⁴ Vgl. Eric J. Hobsbawm, *Age of Extremes. The Short Twentieth Century (1914–1991)*, London 1994; deutsch: *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*, München 1995.

⁵ Zu dessen Entwicklung: Peter Krüger (Hg.), *Das europäische Staatensystem im Wandel. Strukturelle Bedingungen und bewegende Kräfte seit der frühen Neuzeit*, München 1996.

⁶ Vgl. auch den Periodisierungsvorschlag von Anselm Doering-Manteuffel, *Internationale Geschichte als Systemgeschichte. Strukturen und Handlungsmuster im europäischen Staatensystem des 19. und 20. Jahrhunderts*, in: Wilfried Loth u. Jürgen Osterhammel (Hg.), *Internationale Geschichte. Themen – Ergebnisse – Aussichten*, München 2000, S. 93–115, auf S. 94f.

hegemoniale Tendenzen des Deutschen Reiches und die Versuche, diese abzuwehren, sowie durch zwei hiervon ausgehende Weltkriege charakterisiert. In dieser Zeit wirkte Europa stark in die übrige Welt hinein. Bestimmendes Merkmal der zweiten Phase hingegen war der Ost-West-Konflikt, die Zuteilung der Staaten Europas zu den beiden rivalisierenden Blöcken⁷ und die Abwesenheit von Krieg zwischen europäischen Staaten. In jener Zeit wurde die Außenwelt zu einem bestimmenden Faktor für innereuropäische Entwicklungen.

Mit diesem einschneidenden Wandel der europäischen Staatenwelt nach 1945 ging ein säkularer Prozeß einher, den man im deutschen Sprachgebrauch als *europäische Integration* bezeichnet. Dabei meint der aus dem Spätlatein stammende Begriff *Integration* allgemein die Herstellung (oder Wieder-Herstellung) einer Einheit aus Getrenntem, Differenziertem, oder, anders gesagt, dessen Einbeziehung oder Eingliederung in ein größeres, übergeordnetes Ganzes. Europäische Integration ist dementsprechend die Herstellung eines europäischen Ganzen oder auch die Wiederherstellung der europäischen Einheit. Für dasselbe Phänomen ist im Französischen der Ausdruck *construction européenne* gebräuchlich, der abweichend davon die Neuschaffung betont und nicht impliziert, daß die zu integrierende Einheit bereits vorher bestanden haben könne. Konkret ist unter europäischer Integration die Ausbildung formalisierter Beziehungen zwischen europäischen Staaten zu verstehen. In deren Zentrum steht die Einrichtung europäischer Institutionen, die für die Nationalstaaten bindende Entscheidungen treffen können. Verkürzt gesagt handelt es sich um die Entwicklung einer Europa genannten politischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Ebene.⁸

a. Die experimentelle Phase der europäischen Integration

Zum Verständnis eines historischen Prozesses vermag die Analyse jener Phasen besonders viel beizutragen, in denen entscheidende Weichen gestellt wurden. Eine solche Zeit der Weichenstellungen für die europäische Integration waren die Jahre von 1949 bis 1957: Dieser experimentellen Phase kann eine besonders hohe Elastizität der historischen Entwicklungsperspektiven zugesprochen werden.

Sie läßt sich zudem von der vorangehenden und von den folgenden Phasen plausibel abgrenzen. So wurde in der unmittelbar vorangehenden Zeit – 1945 bis 1949 – in den westeuropäischen Gesellschaften zwar intensiv erörtert, ob und wie eine europäische Organisation zu gründen sei, auf die die Nationalstaaten einen

⁷ Neuere deutschsprachige Darstellungen zum Ost-West-Konflikt: Jost Dülffer, *Jalta*, 4. Februar 1945. Der Zweite Weltkrieg und die Entstehung der bipolaren Welt, München 1998; ders., *Europa im Ost-West-Konflikt*, München 2004; Wilfried Loth, *Die Teilung der Welt. Geschichte des Kalten Krieges 1941–1955*, München (1980) 2000.

⁸ Zur inhaltlichen Bestimmung des Begriffes „europäische Integration“ vgl. unter vielen anderen Jürgen Bellers, *Integration*, in: Wichard Woyke (Hg.), *Handwörterbuch Internationale Politik*, Opladen 1995, S. 150–156.

Teil ihrer Souveränität zu übertragen hätten.⁹ Auf der politischen Ebene schlug sich dies aber noch nicht in Initiativen nieder, die zu einer praktischen Umsetzung der zuvor erarbeiteten Konzepte hätten führen können: Die 1948 gegründete Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC) tastete die nationale Souveränität ihrer Mitgliedstaaten ebensowenig an wie der im selben Jahr gegründete Brüsseler Pakt.

In den Jahren 1949 bis 1957 wurden die entscheidenden Versuche unternommen, um zu einer handlungsfähigen europäischen Konstruktion zu gelangen:¹⁰

- Zunächst wurde 1949 der Europarat als lockere Organisation aller wesentlichen liberaldemokratischen Länder Europas gegründet. Das Ziel, diesen zu einer Einrichtung mit eigenen politischen Kompetenzen auszubauen, der man auch selbständige, supranationale Befugnisse zukommen lassen wollte, scheiterte jedoch bereits im folgenden Jahr.
- 1950 wurde eine neue Strategie zur Integration eingeschlagen: Auf der Grundlage des Schuman-Planes beschränkte man den europäischen Zusammenschluß auf einen einzelnen Aufgabenbereich – die Montanindustrie –,¹¹ schuf für diesen aber ein *supranationales*, also über den Nationalstaaten stehendes Organ, das über das Recht verfügte, für die Nationalstaaten bindende Entscheidungen zu fällen.¹² Bei der Umsetzung des Planes wurde zudem der Kreis der teilnehmenden Staaten stark eingegrenzt. Sie mündete 1951 in der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (kurz als EGKS oder Montanunion bezeichnet). Der durch den Schuman-Plan im Europa-Diskurs etablierte Begriff „supranational“ ist eine Neuschöpfung jener Zeit, die sich von „international“ (oder zwischenstaatlich) abheben und gleichzeitig die Konnotation mit *super-* (im Sinne von „über etwas hinaus“ oder „zu sehr“) vermeiden sollte.
- Dieser sektorale oder funktionalistische – also von einer Funktion ausgehende, betont sachpolitische – Ansatz sollte nun auch auf andere Politikfelder übertragen werden. Vom Funktionalismus versprach man sich dabei einen sinnvollen Mittelweg zwischen dem vornehmlich auf zwischenstaatlicher Kooperation aufbauenden Unionismus und dem Föderalismus, der einen echten europäischen Bundesstaat anstrebte. Der Vorstoß, durch eine funktionalistische Vorgehensweise eine europäische Armee zu schaffen, wie es

⁹ Zu diesen Diskussionen siehe die Beiträge in Wilfried Loth (Hg.), *Die Anfänge der europäischen Integration 1945–1950*, Bonn 1990.

¹⁰ Vgl. hierzu die Beiträge in Gilbert Trausch (Hg.), *Die europäische Integration vom Schuman-Plan bis zu den Verträgen von Rom*, Brüssel u.a. 1990.

¹¹ Zu diesem Plan Klaus Schwabe (Hg.), *Die Anfänge des Schuman-Plans 1950/51*, Brüssel u.a. 1988. Eine dezidierte Bewertung findet sich bei Gilbert Trausch, *Der Schuman-Plan zwischen Mythos und Realität. Der Stellenwert des Schuman-Planes*, in: Rainer Hudemann, Hartmut Kaelble u. Klaus Schwabe (Hg.), *Europa im Blick der Historiker, Europäische Integration im 20. Jahrhundert – Bewußtsein und Institutionen*, München 1995, S. 105–128.

¹² Siehe auch Guido Thiemeyer, *Supranationalität als Novum in der Geschichte der internationalen Politik der fünfziger Jahre*, in: JEIH (4) 1998, S. 5–23.

der Pleven-Plan vorsah, scheiterte jedoch 1954.¹³ Gleichzeitig mit der Integration auf militärischem Sektor schlug auch die Gründung einer übergeordneten Europäischen Politischen Gemeinschaft (EPG) fehl.

- Die Versuche, der Integration neue Impulse zu geben – *rélançe européenne* genannt – führten schließlich 1957 zum Abschluß der Römischen Verträge.¹⁴ Diese begründeten die Europäische Wirtschafts- und die Europäische Atomgemeinschaft (EWG und Euratom). Beide wurden aus dem Mitgliederkreis und nach dem institutionellen Schema der EGKS gebildet.

Nach 1957 behauptete sich dieses Prinzip einer im wesentlichen supranationalen und sachpolitischen Integration gegen verschiedene Anfechtungen.¹⁵ Prinzipiell neue Integrationskonzepte wurden zwar vorgeschlagen – etwa in den Fouchet-Plänen 1961/62 zur Schaffung einer Politischen Union –, sie wurden aber nicht mehr erprobt. Die Konsolidierung der ins Leben gerufenen Strukturen verlief erfolgreich, und erst die Installation des Europäischen Rates 1974 änderte prinzipiell das Ordnungsgefüge der europäischen Gemeinschaften.¹⁶ Bis heute bilden die drei Gemeinschaften – mittlerweile als „Erste Säule“ der Europäischen Union¹⁷ – den Kern der europäischen Strukturen.

Worin besteht das erkenntnisleitende Interesse geschichtswissenschaftlicher Untersuchungen der europäischen Integration? Dieses Interesse läßt sich zum einen über den möglichen Zusammenhang zwischen der Integration und der Frage nach Krieg und Frieden in Europa rechtfertigen. Hierzu muß nicht unbedingt eine kausale Wirkrichtung unterstellt werden: Die europäische Integration kann ebenso die Ursache wie das Ergebnis des Verschwindens der kriegerischen Auseinandersetzungen gewesen sein, beide Vorgänge können wechselseitig aufeinander eingewirkt haben; es könnte sich sogar lediglich um eine Koinzidenz handeln. Die Parallelität zwischen dem Frieden innerhalb Europas und der europäischen Integration ist jedenfalls ein triftiger Grund, sich wissenschaftlich mit den Antrieben der letzteren zu befassen: Integrationsforschung ist dann eine Art historischer Friedensforschung. Zum anderen wird das Interesse an den historischen Triebkräften der Integration durch den Umstand begründet, daß die

¹³ Zu der im Pleven-Plan vorgeschlagenen Verteidigungsgemeinschaft vgl. Hans-Erich Volkmann u. Walter Schwengler (Hg.), *Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft. Stand und Probleme der Forschung*, Boppard 1985.

¹⁴ Enrico Serra (Hg.), *Il rilancio dell'Europa e i trattati di Roma*, Brüssel u.a. 1989.

¹⁵ Zur Integrationsperiode von 1957–1969 siehe die beiden Sammelbände der Historiker-Verbindungsgruppe bei der Europäischen Kommission: Anne Deighton u. Alan S. Milward (Hg.), *Widening, Deepening and Acceleration. The European Economic Community 1957–1963*, Brüssel u.a. 1999, sowie Wilfried Loth (Hg.), *Crisis and Compromises. The European Project 1963–1969*, Brüssel u.a. 2001.

¹⁶ Zur Entwicklung der Gipfelkonferenzen und zur Genese des Europäischen Rates siehe Wolfgang Wessels, *Der Europäische Rat. Stabilisierung statt Integration? Geschichte, Entwicklung und Zukunft der EG-Gipfelkonferenzen*, Bonn 1980.

¹⁷ Vgl. Werner Weidenfeld (Hg.), *Maastricht in der Analyse. Materialien zur Europäischen Union*, Gütersloh 1994.

Strukturen und Politiken der heutigen Europäischen Union sehr großen Einfluß auf die Innen- und Außenpolitik wie auf die Ökonomien aller europäischer Staaten (auch jener, die der EU nicht angehören) ausüben. Diese Strukturen sind aber besser zu verstehen, wenn man sich ihrer Genese widmet.

b. Erklärungsmodelle

In ihren ersten drei Dekaden zog die europäische Integration vor allem das Interesse der primär gegenwartbezogenen Sozialwissenschaften auf sich. Politologen, Soziologen und Ökonomen erstellten empirische Studien und entwickelten theoretische Modelle zur ihrer Erklärung.¹⁸ Dabei bildeten sich wissenschaftliche Schulen, die analytische und erklärende Zielsetzungen verfolgten, zum Teil aber auch auf den Fortgang des Prozesses Einfluß zu nehmen versuchten.

Noch vor bzw. während des Zweiten Weltkrieges entwickelten sich die Integrationsvorstellungen des *Föderalismus*, etwa die Paneuropa-Pläne Richard Coudenhove-Kalergis, der die Einrichtung eines europäischen Bundesstaates durch eine bewußte politische Entscheidung forderte, und des *Funktionalismus* – maßgeblich beeinflusst von David Mitrany –, der in Abgrenzung hiervon für eine zunehmend enger werdende sachpolitische Zusammenarbeit der Staaten plädierte.¹⁹ In den 1950er und -60er Jahren besonders einflußreich war das Konzept des *Neofunktionalismus*, begründet durch Ernst B. Haas. Diesem zufolge wurde die Integration durch spezifische Eliten wie Interessenverbände oder die EG-Kommission vorangetrieben, wobei ein sogenannter *spill-over*-Effekt erwartet wurde, der das Übergreifen der Integration von politikfernen Bereichen (*low politics*) zu den hochpolitisierten Kernbereichen nationaler Souveränität meinte. Der Erklärungsansatz des *Neorealismus* der 1960er und -70er, für den Stanley Hoffman an erster Stelle zu nennen ist, verneinte den angeblich unaufhaltsamen Bedeutungsverlust der westeuropäischen Nationalstaaten. Die in den 1970ern von Robert O. Keohane entwickelte *Interdependenz*-Theorie legte das Schwergewicht weder auf die nationale noch auf die supranationale Ebene, sondern verwies auf gewachsene gegenseitige Abhängigkeit der Nationalstaaten, die multilateralen internationalen Organen große Einflußmöglichkeiten verleiht. In den 1980ern kehrte die politikwissenschaftliche Debatte verstärkt zum Gegensatz von neofunktionalistischen und intergouvernementalistischen Ansätzen zurück. So geht der in den späten 1980ern formulierte *Neo-Intergouvernementalismus*,

¹⁸ Eine Übersicht über die Theorien und Modelle der verschiedenen mit der Integration befaßten Disziplinen – von den Geschichts- über die Politik-, die Rechts- und die Wirtschafts- bis zu den Sozialwissenschaften – bieten die Beiträge in Wilfried Loth u. Wolfgang Wessels (Hg.), *Theorien europäischer Integration*, Opladen 2001. Mit Fokus auf der Politologie: Wolfgang Schumann u. Ragnar Müller, *Integration als Problem internationaler Geschichte*, in: Loth u. Osterhamel (Hg.), *Internationale Geschichte*, S. 331–356; oder Beate Kohler-Koch u. Martin Schmidberger, *Integrationstheorien*, in: *Lexikon der Politik*, Bd. 5, München 1995, S. 152–162.

¹⁹ Siehe David Mitrany, *A Working Peace System. An Argument for the Functional Development of International Organisation*, London 1944.

dessen Vorstreiter Andrew Moravcsik ist, wieder von den Nationalstaaten als zentralen Akteuren aus, die gemäß der Vorgaben nationaler Interessen agieren.

In den späten 1970er Jahren wandte sich auch die Geschichtswissenschaft dem Phänomen der europäischen Integration zu, und Ende der 1980er Jahre war die Geschichte der Integration als wichtiger Forschungsgegenstand der Geschichtswissenschaft etabliert. Hieraus resultiert eine stetig wachsende Zahl an geschichtswissenschaftlichen Veröffentlichungen.²⁰ Neben einer Reihe grundlegender Übersichtsdarstellungen zur Geschichte der Integration²¹ existiert heute eine Fülle an einschlägigen Spezialuntersuchungen der verschiedenen Integrationsphasen und -sektoren und ihrer Protagonisten, insbesondere der sogenannten Gründungsväter, zu denen Robert Schuman, Jean Monnet, Konrad Adenauer und Alcide De Gasperi gezählt werden.²² Diese Untersuchungen beziehen allerdings in der Regel nur einen einzelnen Nationalstaat in ihre Analyse ein.²³

²⁰ Einen Überblick über französischsprachige Arbeiten liefert Gérard Bossuat, *Histoire des constructions européennes au XXe siècle. Bibliographie thématique commentée des travaux français*, Berne 1994, ebenso wie Pierre Gerbet, *La France et l'intégration européenne. Essai d'historiographie*, Frankfurt a.M. 1995. Eine Übersicht der über deutsche geschichtswissenschaftlichen Arbeiten zur Europäischen Integration bietet Wilfried Loth, *L'historiographie sur l'intégration européenne en Allemagne fédérale*, in: *Lettre d'informations des historiens de l'Europe contemporaine* (7) 1992, S. 17–23. Einen ausführlichen Literaturbericht zur historischen Integrationsforschung liefert auch Uwe Røndigs, *Globalisierung und europäische Integration. Der Strukturwandel des Energiesektors und die Politik der Montanunion 1952–1962*, Baden-Baden 2000, S. 16–53. Aktuelle Literatur zur Zeitgeschichte Europas bespricht Jost Dülffer, *Europäische Integration zwischen integrativer und dialektischer Betrachtungsweise*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* (42) 2002, S. 521–543, sowie ders., *Europäische Zeitgeschichte. Narrative und historiographische Perspektiven*, in: *Zeitgeschichtliche Forschungen/Studies in Contemporary History* (1) 2004, S. 51–71.

²¹ Etwa Marie-Thérèse Bitsch, *Histoire de la construction européenne de 1945 à nos jours*, Bruxelles 1996; oder Wilfried Loth, *Der Weg nach Europa. Geschichte der europäischen Integration 1939–1957*, Göttingen (1990) ³1996. Des weiteren: Derek Urwin, *The Community of Europe. A History of European Integration Since 1945*, London 1991; Antonio Varsori, *Europe 1945–1990s. The End of an Era?*, London 1995; Charles Zorgbibe, *Histoire de la construction européenne*, Paris 1993; Bernhard Bruneteau, *Histoire de l'unification européenne*, Paris 1996; Martin J. Dedman, *The Origins and Development of the European Union 1945–95. A History of European Integration*, London 1996; David Lewis, *The Road to Europe. History, Institutions and Prospects of European Integration, 1945–1993*, Bern 1993; Peter Stirk, *A History of European Integration Since 1914*, London 1996; Dominique Hamon u. Ivan Serge Keller, *Fondements et étapes de la construction européenne*, Paris 1997; oder Jürgen Elvert, *Die Europäische Integration*, Darmstadt 2006.

²² Vgl. Raymond Poidevin, *Robert Schuman. Homme d'état 1886–1963*, Paris 1986; Michel Dumoulin, *Spaak*, Brüssel 1999; François Duchêne, *Jean Monnet. The First Statesman of Interdependence*, New York 1994; Paul Smets, *Le message de l'Europe dans les discours de Paul-Henri Spaak*, Brüssel 1993; Ralf Magagnoli, *Anregungen zu einer Neubewertung der Europapolitik Alcide De Gasperis*, in: *JEIH* (4) 1998, S. 27–53; Hans-Peter Schwarz, *Adenauer und Europa*, in: *VfZg* (27) 1979, S. 471–523. Einen Überblick liefert Gérard Bossuat, *Les fondateurs de l'Europe*, Paris 1994.

²³ Unter diesen hervorstehend: Richard Griffiths (Hg.), *The Netherlands and the Integration of Europe 1945–1957*, Amsterdam 1990; Ludolf Herbst, *Werner Bührer u. Hanno Sowade* (Hg.),

Die multiperspektivisch angelegten Studien sind dagegen in der Unterzahl.²⁴ Des weiteren gibt es einige Studien zu den einzelnen europäischen Organisationen.²⁵ Insbesondere sind mit der Expansion der geschichtswissenschaftlichen Forschung zur europäischen Integration auch Projekte der internationalen Kooperation entstanden – insbesondere die Verbindungsgruppe der Historiker bei der Europäischen Kommission, die auf ihren Tagungen der Fortgang der geschichtswissenschaftlichen Forschung aufbereitet.²⁶

Auch die Geschichtswissenschaft steht vor dem Problem, wie der historisch anscheinend beispiellose Prozeß der europäischen Integration zu erklären ist. Welches waren die Antriebe, die die Dynamik in Gang setzten, und welche Kräfte sorgten für ihren Fortgang? Hiermit stellt sich die Frage nach historischen Modellen zur Integration. Die Forderung Alan S. Milwards, daß die Historiker der internationalen Beziehungen sich der Aufgabe zu stellen hätten, empirisch gesicherte Gegentheorien zu den gängigen politikwissenschaftlichen Theoremen zu bilden,²⁷ trifft jedoch nicht auf einhellige Zustimmung: Gegenüber einer „tendenziell monokausal verkürzende Theoriebildung“ solle, so Wolfram Kaiser, die Geschichtswissenschaft ihren „hilfreichen Skeptizismus“ bewahren.²⁸ Dem ist entgegenzuhalten, daß, auch wenn die Entwicklung einer Theorie nicht das geschichtswissenschaftliche Hauptziel sein kann, die Überprüfung (und gegebenenfalls das Verwerfen) gängiger Theorien nicht haltmachen muß vor dem Versuch, durch die Synopse der verschiedenen Ansätze zu deren Einbau in ein Gesamtgebäude zu gelangen. Hierbei liefert die Multifaktorialität moderner Geschichtsforschung eine Grundlage, auf der die verschiedenen Faktoren auch gewichtet, hierarchisiert, kausal miteinander verknüpft und unterschiedlichen Ebenen zugeordnet werden können. Auf diese Weise sollte die Gefahr der Verkürzung und Monokausalität bei empirischen Versuchen, sich einem Prozeß wie der Integration auch theoretisch anzunähern, auf ein Minimum reduzieren lassen.

Vom Marshallplan zur EWG. Die Eingliederung der Bundesrepublik Deutschland in die westliche Welt, München 1990; Michel Dumoulin (Hg.), *La Belgique et les débuts de la construction européenne de la guerre aux traités de Rome*, Louvain-la-Neuve 1987.

²⁴ Hier beispielsweise Guido Thiemeyer, *Vom „Pool Vert“ zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Europäische Integration, Kalter Krieg und die Anfänge der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik 1950–1957*, München 1999.

²⁵ Vgl. Marie-Thérèse Bitsch, *Jalons pour une histoire du Conseil de l'Europe*, Berne 1997; Peter Weilemann, *Die Anfänge der Europäischen Atomgemeinschaft. Zur Gründungsgeschichte von Euratom 1955–1957*, Baden-Baden 1983; Hanns Jürgen Küsters, *Die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft*, Baden-Baden 1982.

²⁶ Diese Fortschritte spiegeln sich in den bislang sieben Tagungsbänden nieder. Außer den in Anmerkungen 10, 11, 14 und 15 bereits genannten, von Schwabe, Serra, Trausch, Deighton u. Milward sowie Loth herausgegebenen Bänden sind dies: Raymond Poidevin (Hg.), *Histoire des débuts de la construction européenne, mars 1948 – mai 1950*, Brüssel u.a. 1986; sowie Michel Dumoulin (Hg.), *Plans des temps de guerre pour l'Europe d'après guerre*, Brüssel u.a. 1995.

²⁷ Vgl. Alan S. Milward, *The European Rescue of the Nation-State*, London 1992, S. 19.

²⁸ Wolfram Kaiser, *Globalisierung und Geschichte. Einige methodische Überlegungen zur Zeitgeschichtsschreibung der Internationalen Beziehungen*, in: Guido Müller (Hg.), *Deutschland und der Westen*, Stuttgart 1998, S. 31–48, auf S. 40.

Innerhalb der Geschichtswissenschaft sind drei unterschiedliche Erklärungsansätze zur europäischen Integration breit rezipiert worden:²⁹

- der *idealistische Ansatz* von Walter Lippens, den man als Nestor der historischen Integrationsforschung in Deutschland bezeichnen kann;
- der *externe Ansatz* verschiedener Historiker des Kalten Krieges, etwa des US-Amerikaners Charles S. Maier;
- der *politökonomische Ansatz* des exponiertesten Vertreters der britischen Integrationsforschung, des Historikers Alan S. Milward.

Das erste Modell postuliert einen europäischen Föderalismus als Movers der Integration. Diesem Ansatz zufolge wandelte sich das politische Bewußtsein der westeuropäischen Eliten infolge der Erfahrungen der unmittelbaren Vergangenheit fundamental: Insbesondere die beiden Weltkriege und der Widerstand gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft katalysierten ein Umdenken. In der neuen Sichtweise der Eliten erschien der Nationalstaat als überholt, da er weder die wirtschaftlichen und sozialen Probleme der europäischen Gesellschaften zu lösen imstande war, noch den relativen Niedergang Europas im globalen Staatensystem hatte aufhalten können. Als Ausweg bot sich die europäische Einheit an, die letztlich zur Abschaffung der Nationalstaaten führen würde.

Besondere Aufmerksamkeit widmet dieser von Walter Lippens entwickelte Ansatz den in der Europäischen Bewegung zusammengefaßten Organisationen.³⁰ Deren Programmatik wird als die ideelle Grundlage verstanden, auf der die „europäischen Gründerväter“ das neue Europa erbauten. Entsprechend wurde dieser stark ideengeschichtlich orientierte Ansatz auf der Grundlage des Studiums einer bestimmten Quellengruppe entwickelt, nämlich auf Material aus den Archiven der Europäischen Bewegung und aus den Nachlässen ihrer herausragenden Persönlichkeiten. Daß die föderalistischen Ideen tatsächlich den Gang der Ereignisse maßgeblich beeinflusst haben, stellen neuere Forschungsarbeiten jedoch in Frage.³¹ Der Ansatz trägt zudem der von Wilfried Loth demonstrierten Heterogenität der Europäischen Bewegung nicht ausreichend Rechnung.³²

²⁹ Eine Übersicht über die geschichtswissenschaftliche Debatte zur frühen Phase der Integration, die auch die hier dargestellte Einteilung in drei wesentliche Ansätze vornimmt, liefert Clemens Wurm, *Early European Integration as a Research Field: Perspectives, Debates, Problems*, in: ders. (Hg.), *Western Europe and Germany. The Beginnings of European Integration 1945–1960*, Oxford 1995, S. 9–26. Ebenfalls hierzu: Pierre-Henri Laurent, *Historical Perspectives on Early European Integration*, in: *Revue d'intégration européenne* (12) 1989, S. 89–100.

³⁰ Siehe Walter Lippens, *Die Anfänge der europäischen Einigungspolitik 1945–1950*. Erster Teil: 1945–1947, Stuttgart 1977; oder Vorwort und Einführung zu Walter Lippens (Hg.), *Documents on the History of European Integration*, 2 Bände, New York u.a. 1985 u. 1986. Ähnliche Konzepte vertritt Roy Price (Hg.), *The Dynamics of European Union*, London 1987.

³¹ Einen Überblick hierüber bietet Alan S. Milward, *Etats-nations et communauté. Le paradoxe de l'Europe?*, in: *Revue de synthèse* (IVe série, 111) 1990, S. 253–270.

³² Vgl. Wilfried Loth, *Deutsche Europakonzeptionen in der Gründungsphase der EWG*, in: Serra (Hg.), *Rilancio*, S. 585–602; ders., *Deutsche Europakonzeptionen in der Eskalation des Ost-West-Konflikts 1945–1949*, in: *GWU* (35) 1984, S. 453–470.

Das zweite Modell schreibt den USA die entscheidende Rolle bei der europäischen Integration zu. US-amerikanische Vorstellungen einer wirtschaftlichen und politischen Neuordnung Europas konnten sich laut dieser Auffassung unter den Bedingungen des Kalten Krieges langfristig durchsetzen.³³ Dabei erleichterte es die ökonomische und militärische Abhängigkeit der westeuropäischen Staaten von den USA der amerikanischen Politik, ihre Vorstellungen zu verwirklichen. Als wesentliches Instrument dabei wird der Marshall-Plan angesehen.

Diese ursprünglich im Zusammenhang mit Studien über den Kalten Krieg entwickelte Sichtweise der Integration vertreten amerikanische Forscher wie Michael J. Hogan, Charles S. Maier oder John R. Gillingham; sie hat aber auch in Europa ihre Vertreter, etwa Beate Neuss.³⁴ Den Europäern billigt dieser Ansatz nur eine weitgehend passive, ausführende Rolle zu. Diese Sicht kann sich als Manko erweisen, da sie den Blick von internen europäischen Antrieben weglenkt und damit den Zugang zu einem wesentlichen Komplex an Forschungsfragen verstellt. Daß die US-amerikanische Politik keineswegs allein die Entwicklungen in Westeuropa bestimmte – nicht einmal in der frühesten Phase der Integration, in der die Abhängigkeit der westeuropäischen Staaten von den USA besonders groß war –, ist am Beispiel des Marshallplans³⁵ oder der amerikanischen Embargopolitik gegenüber der Sowjetunion³⁶ plausibel gemacht worden.

Der Schlüsselbegriff des dritten Modells heißt „nationales Interesse“. Dieser Ansatz beruht auf einer politisch-ökonomischen Sichtweise und sieht den Hauptantrieb der europäischen Integration in dem Versuch der westeuropäischen Nationalstaaten, ihre Probleme, die sich aus dem forcierten Aufbau nationaler Wohlfahrtsgesellschaften ergaben, zu lösen. Die Integration sollte also der Stabilisierung und dem Ausbau der Nationalstaaten dienen. In diesem Sinne war sie sehr erfolgreich; eine Überwindung der Nationalstaaten stand dagegen nicht in ihrer Logik.

³³ Vgl. David W. Ellwood, *Rebuilding Europe. Western Europe, America and Postwar Reconstruction*, London 1992.

³⁴ Siehe etwa Michael J. Hogan, *The Marshall Plan, America, Britain, and the Reconstruction of Western Europe, 1947–1952*, Cambridge 1987; Charles S. Maier, *The Two Postwar Eras and the Conditions for Stability in Twentieth Century Europe*, in: ders. (Hg.), *In Search of Stability. Explorations in Historical Political Economy*, Cambridge 1987, S. 153–183; Francis R. Heller u. John R. Gillingham (Hg.), *The United States and the Integration of Europe. Legacies of the Postwar Era*, New York 1996; sowie Beate Neuss, *Geburthsheifer Europas? Die Rolle der Vereinigten Staaten im europäischen Integrationsprozeß 1945–1958*, Baden-Baden 2000.

³⁵ Die Rolle des Marshallplans beim Wiederaufbau der westdeutschen Wirtschaft sieht etwa Harold G. Vatter, *The German Role in the Early Postwar Revival in Germany. A Reappraisal*, in: Heller u. Gillingham (Hg.), *United States*, S. 145–166, als weitgehend unbedeutend an. Alan S. Milward, *Was the Marshall Plan Necessary?*, in: *Diplomatic History* (13) 1989, S. 231–253, bezweifelt generell die politische und ökonomische Bedeutsamkeit der Marshallplan-Hilfe für den europäischen Wiederaufbau und die Integration.

³⁶ Gunther Mai, *Osthandel und Westintegration 1947–1957. Europa, die USA und die Entstehung einer hegemonialen Partnerschaft*, in: Herbst, Bührer u. Sowade (Hg.), *Marshallplan*, S. 203–226, zeigt, wie sich die westeuropäischen Staaten erfolgreich dieser ihren ökonomischen Interessen widersprechenden Embargopolitik verweigerten.

Entgegen der Grundannahmen dieses in vorderster Linie von Alan S. Milward verfochtenen Modells³⁷ ist aber die Dominanz ökonomisch fundierter Interessen nicht für alle Phasen der europäischen Integration evident.³⁸ Als weiterer Mangel muß gewertet werden, daß dem Kalten Krieg keine größere Bedeutung beigegeben wird. Das Konzept gewinnt aber wieder an Schlüssigkeit, wenn man – wie es Richard T. Griffiths fordert – das analytische Spektrum erweitert und anstelle vermeintlich „objektiver“ die „wahrgenommenen“ nationalen Interessen untersucht.³⁹ Milwards und Lippens Arbeiten werden häufig antithetisch einander gegenübergestellt. Beiden Ansätzen ist allerdings gemein, daß sie die Ausbildung supranationaler Strukturen als von den Funktionsdefiziten des Nationalstaates angetrieben betrachten.

Alle drei Forschungs- und Erklärungsansätze besitzen also quellenteknische wie theoretische Meriten, aber auch Begrenzungen. Auch wenn ihre Gegensätze weitgehend überholt sind und sie heute nicht mehr in reiner Form als Grundlage für die Formulierung neuer Forschungsfragen dienen, haben sie die historische Integrationsforschung doch lange stark beeinflusst.

Die Hypothese liegt nahe, daß die Interpretationsmuster der Wissenschaftler nicht unabhängig von spezifischen, national vorgeprägten Blickwinkeln sind. So muß es nicht zwingend ein Zufall sein, daß der Ansatz des nationalen Interesses von einem britischen Forscher entwickelt wurde und besonders starke Resonanz in Großbritannien fand – in einem Land also, dessen politische Eliten sich eine ähnliche Sichtweise zu eigen gemacht hatten. Auch die Betonung der ideengeschichtlichen, ja idealistischen Seite seitens eines mitteleuropäischen Historikers spricht nicht gegen einen Zusammenhang zwischen Herkunft und Sichtweise – ebensowenig wie die Betrachtung der Integration als abgeleitete Funktion des Ost-West-Konflikts durch US-amerikanische Forscher. Auch in rein quantitativer Sicht läßt sich konstatieren, daß ein größeres politisches Interesse eines Nationalstaates an der Integration häufig mit einem erhöhten wissenschaftlichen Interesse der Geschichtswissenschaft des entsprechenden Landes an deren Verlauf einhergeht: Während beispielsweise die Geschichte der Integration in Großbritannien laut Kathleen Burk erst in jüngster Zeit „eine zunehmende Zahl junger (und nicht so junger) Historiker“ anzieht,⁴⁰ ist in Frankreich – so George-Henri Soutou – ihr Studium seit längerem in einem Maße etabliert, daß sie

³⁷ Seine Hauptwerke sind: Alan S. Milward, *The Reconstruction of Western Europe 1945–51*, London 1984 sowie ders., *The European Rescue of the Nation-State*, London 1992.

³⁸ Vgl. etwa John R. Gillingham in seiner Einführung zu Heller u. Gillingham (Hg.), *United States*, S. 3. Konkret für die in der vorliegenden Studie behandelte Epoche sieht Dieter Krüger, *Sicherheit durch Integration? Die wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit Westeuropas 1947 bis 1957/58*, München 2003, S. 523, die ökonomische Integration als „Ersatz für die politische Integration, zu der die Staaten nicht bereit waren.“

³⁹ Vgl. Richard T. Griffiths, *A la recherche des débuts de l'intégration européenne*, in: *Revue de synthèse* (IVe série, 111) 1990, S. 235–252.

⁴⁰ Kathleen Burk, *Britische Traditionen internationaler Geschichtsschreibung*, in: Loth u. Osterhammel (Hg.), *Internationale Geschichte*, S. 45–59, auf S. 58.

„manchmal die gesamte Forschung zu den internationalen Beziehungen zu anektieren“ scheint.⁴¹

Im Mittelpunkt der Bestrebungen steht heute der Versuch, zu einer Synthese zu gelangen, die die sicherheitspolitischen, politökonomischen und ideellen Antriebe der europäischen Integration in ihren einzelnen Phasen und seitens der verschiedenen Akteure in ihrem jeweiligen Wirkungsgefüge zu erfassen trachtet. So stellt Wilfried Loth die Verknüpfung von vier Faktoren als entscheidend für den Beginn der Integration heraus: Erst dadurch, daß erstens die Notwendigkeit, den Frieden zwischen den europäischen Nationen dauerhaft zu sichern, zweitens der Zwang, die deutsche Frage zu lösen, drittens die ökonomische Problematik zu kleiner nationaler Märkte und viertens der weltpolitische Behauptungswillen der Europäer gegenüber den Supermächten zusammenwirkten, konnte die europäische Einigungsbewegung sich nicht nur formieren, sondern auch konkrete Entwicklungen anstoßen.⁴² Darüber hinaus kommt Loth zu dem Ergebnis, daß diese vier Impulse bis heute wirksam sind, also für die gesamte europäische Integration einen zentralen Stellenwert beanspruchen können.

2. Politische Eliten im Europa-Diskurs 1949 bis 1957

Die Studie richtet den Blick nicht auf die Ebene politischer Entscheidungen, sondern auf deren strukturelle Voraussetzungen. Daher kann sie auf eine gut abgrenzbare, bislang aber wenig ausgeschöpfte Quellengruppe zugreifen: Die Protokolle der Debatten in den europäischen Versammlungen liefern zwar keine vertraulichen Informationen, wie man sie im Schriftgut der Ministerialbürokratie oder in privaten Nachlässen der Akteure findet. Sie zeigen jedoch einen Diskurs, den Vertreter der meisten nicht zum sowjetischen Machtbereich zählenden Länder Europas miteinander führten, und in dem sie über politische, ökonomische, militärische und kulturelle Fragen diskutierten. Um sich hierbei trotz ihrer so unterschiedlichen Herkunft zu verständigen, waren sie gezwungen, immer wieder auf Selbst- wie auf Fremdbilder zu rekurrieren: Fragen des nationalen wie des europäischen Selbstverständnisses spielten eine prominente Rolle. Die Debatten der europäischen Versammlungen – also der Parlamente des Europarates, der Montanunion, der WEU sowie der sogenannten *Ad hoc*-Versammlung – liefern somit reiches Material zu Vorstellungen von Europa, vom eigenen Land und von den anderen. Ihre Auswertung bildet das Fundament der Studie.

⁴¹ Georges-Henri Soutou, Die französische Schule der Geschichte internationaler Beziehungen, in: Loth u. Osterhammel (Hg.), Internationale Geschichte, S. 31–44, auf S. 42.

⁴² Vgl. Wilfried Loth, Der Prozeß der europäischen Integration. Antriebskräfte, Entscheidungen, Perspektiven, in: Jahrbuch für Europäische Geschichte (1) 2000, S. 17–30 sowie ders., Beiträge der Geschichtswissenschaft zur Deutung der Europäischen Integration, in: Loth u. Wessels (Hg.), Theorien europäischer Integration, S. 87–106.

Eine Analyse, die sich auf diese Debatten beschränkte, liefe allerdings Gefahr, Argumentationsmuster und Redeweisen, die womöglich spezifisch für den Diskurs in europäischen Versammlungen waren, unzulässig zu verallgemeinern. Um dieser Gefahr zu entgehen, sind für die Studie zudem die Nachlässe ausgewählter Vertreter dieses Personenkreises ausgewertet worden. So wurden von über 30 der bis 1957 insgesamt etwa 600 Debattenteilnehmer die Nachlässe gesichtet, um ihre Positionierungen zu Fragen der Identität auch außerhalb dezidiert europäischer Zusammenhänge zu analysieren.

a. Die europäischen Versammlungen

Zeit und Ort des Ereignisses wurden nicht zuletzt durch die Ferienzeiten bestimmt: Die Parlamentsferien ermöglichten es einer größeren Anzahl von Herren mittleren und gehobenen Alters sowie einigen Damen⁴³ – allesamt Abgeordnete nationaler Parlamente –, am 10. August 1949 nach Straßburg zu reisen, wo in der dank der Semesterferien freien Aula der Universität ein besonderes Treffen stattfinden konnte. An dessen Ende hatte sich die Beratende Versammlung des neu gegründeten Europarates konstituiert. Die zunächst 100 Mitglieder dieser parlamentarischen Versammlung stammten aus zwölf europäischen Ländern. Unter ihnen befanden sich einige der prominentesten Politiker, die Westeuropa zu jener Zeit vorweisen konnte – die Briten Winston Churchill und Harold Macmillan etwa, die Franzosen Georges Bidault, Guy Mollet und René Pleven oder der Italiener Alcide De Gasperi. Über diese früheren oder potentiellen Regierungschefs hinaus gaben auch die führenden Persönlichkeiten aus den Fraktionen der nationalen Parlamente in der Straßburger Versammlung ihr Stelldichein.

Nachdem der Alterspräsident Antonio Boggiano Pico, ein italienischer Christdemokrat, die Sitzung eröffnet hatte, wurde das Präsidium bestimmt. Zum ersten Präsidenten wählte die Beratende Versammlung den belgischen Sozialisten und engagierten Europapolitiker Paul-Henri Spaak. Dieser leitete und lenkte die Sitzungen der dreiwöchigen ersten Sitzungsperiode wie auch der folgenden Perioden. Zu Beginn gab es einige Geplänkel zwischen Vertretern der britischen Regierungsfraktion und jenen der Opposition. Bald aber wurden Generaldebatten eröffnet, die die allgemeinpolitische Lage Europas behandelten und die in ähnlicher Form das Bild der Beratenden Versammlung auch in den nächsten Jahren bestimmten.⁴⁴ Außer einem Diskurs über Europa und die europäischen Staaten in der Welt führte man auch konkretere Debatten, etwa über Möglich-

⁴³ Unter den 100 eigentlichen Repräsentanten befand sich mit der britischen *Labour*-Abgeordneten Margaret Herbison tatsächlich nur eine einzige Frau. Dem erweiterten Kreis, der zudem 87 Ersatzdelegierte umfaßte, gehörten insgesamt neun Frauen an – keine 5 % der Gesamtzahl also. Vgl. die Delegiertenliste im Sitzungsbericht der Beratenden Versammlung vom 13. August 1949: Conseil de l'Europe, Assemblée consultative. Compte rendu des débats, Strasbourg 1949, S. 49f.

⁴⁴ Die Protokolle sind abgedruckt unter dem Titel: Council of Europe, Consultative Assembly. Official Report of Debates/Conseil de l'Europe, Assemblée consultative. Compte rendu des débats, Strasbourg. Im folgenden: Beratende Versammlung.

keiten zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage in Europa oder über eine Menschenrechtskonvention. Nur das Thema Verteidigung im engeren Sinne blieb – da vom Statut des Europarates explizit ausgeklammert – unbehandelt.

Auf dem Europarat insgesamt und besonders auf seinem Aushängeschild, der Beratenden Versammlung, ruhten hochgesteckte Erwartungen in vielen europäischen Staaten. Man sah vielerorts diesen ersten politischen Zusammenschluß der wichtigsten Länder Westeuropas als Ausgangspunkt einer politischen Einigung des Kontinents. Von der Beratenden Versammlung erwartete man hierzu besondere Impulse. Tatsächlich besaß diese nur wenige eigenständige Befugnisse. Sie hatte eine vom Ministerkomitee – dem Gremium der nationalstaatlichen Regierungen im Europarat – vorgegebene Tagesordnung abzuarbeiten und konnte lediglich Resolutionen verfassen, aber keine bindenden Entscheidungen fällen. Vor die Verabschiedung einer Resolution war zudem die hohe Hürde einer Zweidrittelmehrheit gesetzt. Bei der Beratenden Versammlung handelte es sich auch nicht um ein Parlament im mittlerweile eingebürgerten Sinne, da sie nicht aus allgemeinen Wahlen hervorging, sondern durch Delegation aus den nationalen Parlamenten zustande kam. Wenn die Beratende Versammlung auch kein politisches Machtzentrum darstellte, so war sie doch sehr wohl ein Forum, in dem einflußreiche Politiker unter großer Anteilnahme der Öffentlichkeit einen gesamteuropäischen Diskurs aufnahmen. Die Freiheit des Wortes fand in der Beratenden Versammlung allerdings etwas enger gefaßte Grenzen. So verfügte das Reglement der Beratenden Versammlung vorsorglich: „Les paroles blessantes à l'égard des peuples [...] sont interdites.“⁴⁵ Der Präsident der Versammlung konnte Aussagen, die seiner Einschätzung nach nationale Empfindungen verletzen, auch nachträglich aus den Sitzungsberichten streichen lassen.

Trotz der bald einsetzenden Ernüchterung – politische Durchbrüche blieben nämlich aus – traten weitere Staaten dem Europarat bei, und 1957 debattierten bereits Abgeordnete aus 15 Ländern in der Beratenden Versammlung.⁴⁶ Zwischenzeitlich aber hatte diese ihre Exklusivität eingebüßt: Bei der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl – kurz EGKS oder Montanunion genannt – war auch die Einrichtung eines „Montan-Parlamentes“ beschlossen worden, das 1952 ebenfalls in Straßburg seine Arbeit aufnahm. In dieser als Gemeinsame Versammlung bezeichneten Einrichtung tagten 78 Abgeordnete aus den sechs Mitgliedstaaten der Montanunion.⁴⁷ Die Abgeordneten wurden, ähnlich wie jene der Beratenden Versammlung, von den nationalen Parlamenten delegiert. Auch die Gemeinsame Versammlung – übrigens der di-

⁴⁵ So Artikel 12, Absatz 6 des Reglements der Beratenden Versammlung. Siehe auch Beratende Versammlung, 9. Januar 1957, S. 1 031.

⁴⁶ Zu den zehn Gründungsmitgliedern des Europarates – Großbritannien, Frankreich, Belgien, den Niederlanden, Luxemburg, Italien, Irland, Dänemark, Norwegen und Schweden – kamen bereits 1949 Griechenland und die Türkei hinzu. 1950 traten Island und die Bundesrepublik Deutschland bei (letztere nur als assoziiertes Mitglied – erst 1951 wurde sie Vollmitglied). 1956 schloß sich Österreich dem Europarat an. Die Saar hatte 1950 bis 1956 einen besonderen Status inne.

⁴⁷ Frankreich, Belgien, die Niederlande, Luxemburg, Italien und die BR Deutschland.

rekte institutionelle Vorgänger des heutigen Europäischen Parlamentes – hatte kaum mehr als beratende Befugnisse. Ihre Debatten konzentrierten sich auf Sachpolitik: So wurden Themen wie Kohleförderungsquoten, Arbeiterwohnungsbau oder Handelsabkommen ausgiebig erörtert.⁴⁸ Doch auch bei solchen Themen bezogen sich die Delegierten immer wieder auf allgemeinpolitische Zusammenhänge und politische Grundüberzeugungen. Man war sich schließlich noch fremd, und eine Einbettung eher technischer Argumente in den allgemeinen Kontext erschien, wollte man verstanden werden, keineswegs überflüssig.

Eine weitere Versammlung westeuropäischer Parlamentarier gab in den Jahren 1952 und 1953 – wiederum in Straßburg – ein Zwischenspiel: Die sogenannte *Ad hoc*-Versammlung, die aus den Abgeordneten der Gemeinsamen Versammlung und neun weiteren Delegierten derselben Länder bestand, erörterte ausgiebig und auftragsgemäß ein einziges, sehr grundsätzliches Thema: die Gründung einer Europäischen Politischen Gemeinschaft (EPG).⁴⁹ Eigens zu diesem Zweck – *ad hoc* – war diese Versammlung geschaffen worden. Tatsächlich konnte sie einen Entwurf für den Vertrag erarbeiten, der die EPG begründen sollte und damit eine Art rudimentäre europäische Verfassung darstellte. Dieser Vertrag, der sich der Zustimmung einer überwältigenden Mehrheit in der *Ad hoc*-Versammlung erfreute (und der von fünf der sechs betroffenen nationalstaatlichen Parlamente ratifiziert wurde), trat jedoch nie in Kraft.

Noch eine vierte europäischen Versammlung tagte in Straßburg, und auch ihr ist nur begrenzter Einfluß zuzusprechen: 1955 wurde im Zuge der Umbildung des Brüsseler Paktes zur Westeuropäischen Union (WEU) auch in deren Rahmen eine parlamentarische Versammlung gebildet. Ihr gehörten jene Mitglieder der Beratenden Versammlung an, die aus einem der WEU-Mitgliedsländer kamen; zusätzlich zu den Vertretern der Staaten der Montanunion saßen hier dementsprechend auch Parlamentarier aus Großbritannien, und man befaßte sich hauptsächlich mit sicherheitspolitischer Thematik – also einem Gebiet, das per Satzung von den Zuständigkeiten des Europarates ausgenommen worden war.

Die Debatten in diesen europäischen Versammlungen wiesen recht unterschiedliche Voraussetzungen und Inhalte auf. Eben diese Heterogenität aber erlaubt es, ihre Analyse zur Grundlage einer Rekonstruktion politischer Identitäten in Westeuropa zu machen. Die Untersuchung der Beratenden Versammlung gestattet dabei einen Blick auf den weiteren Kreis und bezieht insbesondere Großbritannien und die nordeuropäischen Staaten mit ein, während die der Gemeinsamen Versammlung genauso wie die der *Ad hoc*-Versammlung eine ein-

⁴⁸ Die gedruckten Berichte der Sitzungen firmieren unter dem Reihentitel: Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, Gemeinsame Versammlung. Verhandlungen der Gemeinsamen Versammlung. Ausführliche Sitzungsberichte. Ausgabe in deutscher Sprache, Straßburg. Im folgenden: Gemeinsame Versammlung.

⁴⁹ Die veröffentlichten Protokolle tragen den Titel: *Ad hoc*-Versammlung, beauftragt mit der Ausarbeitung eines Vertragsentwurfes für die Gründung einer Europäischen Politischen Gemeinschaft. Aussprache. Wörtlicher Bericht über den Verlauf der Sitzungen. Ausgabe in deutscher Sprache, Straßburg o.J. (1953). Im folgenden: *Ad hoc*-Versammlung.

gehendere Analyse der sechs „kleineuropäischen“ Staaten ermöglicht. Die WEU-Versammlung ist als eine Art Mittelding interessant, da hier britische Abgeordnete gemeinsam mit jenen dieser sechs Länder berieten. Trotz ihrer Armut an echten Befugnissen kann man allen vier Versammlungen zubilligen, daß sie – zumindest in den frühen 1950er Jahren – „europäische Laboratorien“⁵⁰ darstellten, in denen die Durchsetzbarkeit und Tragfähigkeit unterschiedlicher Europa-Konzeptionen erprobt werden konnte.

Die parlamentarischen Versammlungen waren personell eng miteinander verflochten: Im Jahr 1954 beispielsweise gehörten 25 der 78 Mitglieder der Gemeinsamen Versammlung – also fast ein Drittel – gleichzeitig auch der Beratenden Versammlung an. Beide Versammlungen umfaßten wiederum das gesamte Personal von je einer der zwei anderen: Alle Abgeordneten der WEU-Versammlung waren gleichzeitig Mitglieder der Beratenden Versammlung, so wie alle Delegierten der Gemeinsamen Versammlung auch der *Ad hoc*-Versammlung angehörten. Insgesamt handelte es sich um zirka 600 Abgeordnete, die in der Zeit von 1949 bis 1957 von den nationalen Parlamenten in diese vier parlamentarischen Versammlungen auf europäischer Ebene entsandt wurden. Mit der Zeit (und mit der Perzeption ihrer sinkenden Bedeutung) nahm der Anteil der erst-rangigen Politiker in diesen Versammlungen ab. Für die hier untersuchten Jahre kann man jedoch festhalten, daß diese 600 Abgeordneten eine aussagekräftige Stichprobe – wenn auch keinen repräsentativen Querschnitt – aus den politischen Eliten der westeuropäischen Staaten darstellen.

b. Die Europa-Parlamentarier: Einige Gruppencharakteristika

Die Untersuchung konzentriert sich auf die Aussagen und Selbstzeugnisse der Europapolitiker, die 1949 bis 1957 in den vier beschriebenen Versammlungen miteinander debattierten. Die Vorstellungen von kollektiver Identität, die hieraus rekonstruiert werden können, sind zunächst einmal für Mitglieder der politischen Eliten charakteristisch. Dies genügt bereits als Rechtfertigung, sie in einer Studie über politische Entwicklungsspielräume zu analysieren. Darüber hinaus jedoch wird hier postuliert, daß elitäre und gesellschaftlich verbreitete Vorstellungen von Identität miteinander korrespondieren, und daß die Rekonstruktion elitärer Vorstellungen es deswegen auch ermöglicht, Aussagen über populäre Vorstellungen zu treffen. Dieses Postulat wirft unmittelbar die Frage auf, wie ein solcher Zusammenhang zwischen den Einstellungen von Angehörigen der politischen Eliten und gesellschaftlich verbreiteten Identitäten beschaffen ist, und ob man Aussagen zu dessen Wirkmechanismus machen kann. Eine gesicherte Antwort hierauf kann nur empirisch gegeben werden. Hier genügt die Annahme, daß ein solcher Zusammenhang auf dreierlei Weise hergestellt wird:

⁵⁰ Wolf D. Gruner, Europa in den Debatten der Versammlungen des Europarates 1949/50. Anmerkungen zu einem interessanten Forschungsfeld, in: Heiner Timmermann (Hg.), *Impulse für Europa. Politische Bildung und Wissenschaft an der Saar*, Berlin 1996, S. 69–95, auf S. 72.

- Einerseits sehen sich politische Eliten aus Gründen von Machterwerb und Machterhalt gezwungen, Rücksicht auf allgemein verbreitete Vorstellungen zu nehmen (was möglicherweise auch dazu führt, diese zu verinnerlichen).
- Andererseits verfügen politische Eliten über Teile der Definitionsgewalt zu politischen Identitäten, besitzen also die Fähigkeit, solche allgemein verbreiteten Vorstellungen wenn nicht zu steuern, so zumindest zu beeinflussen.
- Und generell hängt die Rekrutierung politischer Eliten in offeneren Systemen auch davon ab, wieweit sich ihre potentiellen Angehörigen dazu eignen, als Exponenten (d.h. als Sprachrohr und als Projektionsfläche) allgemein verbreiteter Vorstellungen aufzutreten.

Die Annahme, daß elitäre und populäre Vorstellungen von kollektiver Identität miteinander korrespondieren, bedeutet jedoch nicht, daß diese deckungsgleich sein müßten. Vielmehr weichen die Voraussetzungen kollektiver Selbstverortung wesentlich voneinander ab. So spielt für politische Eliten die professionelle Perspektive eine zentrale Rolle: Sie verfügen über Detailkenntnisse und unmittelbare Erfahrungen auf Gebieten, die sich für große Bevölkerungsgruppen abstrakt präsentieren. Diese Abstraktheit kann sich in einem *permissiven Konsens* niederschlagen. Darunter ist eine passive Unterstützung der Bevölkerungen für die Politik der Eliten zu verstehen, die solange aufrecht erhalten bleibt, wie Interessen, aber auch tief verwurzelte Vorstellungen nicht in Frage gestellt werden.⁵¹ Beim Verhältnis zwischen langfristigen Orientierungen der Bevölkerung und Einstellungen der Eliten spielt zudem der Faktor der *kognitiven Mobilisierung* eine Rolle: Menschen von höherem formalen Bildungsstand können sich demzufolge leichter auf entfernte, abstrakte Institutionen einstellen.⁵² Als ein Gelenkstück zwischen den Einstellungen der politischen Eliten und jenen der Gesamtbevölkerung läßt sich die öffentliche Meinung ansprechen.⁵³

Um einzuschätzen, wieweit die Voraussetzungen kollektiver Identität bei Angehörigen von Eliten von denen populärer Identitäten abweichen, ist es hilfreich, die untersuchte Gruppe näher zu charakterisieren. Daher werden nun einige Schlaglichter auf die sozialen Merkmale der Europa-Parlamentarier geworfen.

Als erstes stellt sich hier die Frage, ob es sich um ausreichend große Gruppen handelt, um ein breites Spektrum an Identitäten analysieren zu können. Unter den etwa 600 Europa-Parlamentariern der Jahre 1949 bis 1957 befanden sich die folgenden Anzahlen aus den vier bevölkerungsreichsten Ländern (vgl. Tabelle 1):

⁵¹ Konkret wurde ein solcher Zusammenhang zwischen der Haltung der Bevölkerung zur europäischen Integration und dem entsprechenden Handeln der politischen Eliten postuliert; vgl. Leon N. Lindberg u. Stuart A. Scheingold, *Europe's Would-Be Polity. Patterns of Change in the European Community*, Englewood Cliffs (New Jersey) 1970.

⁵² Im Zusammenhang mit der europäischen Integration bedeutet dies, daß „gebildete“ Menschen sich leichter auf europäische Institutionen einlassen und sich daher auch mit ihnen identifizieren könnten; vgl. Ronald Inglehart, *Cognitive Mobilization and European Identity*, in: *Comparative Politics* (3) 1970, S. 45–71.

⁵³ Vgl. Bernd Büchner, *Die Europäische Gemeinschaft in der öffentlichen Meinung. Dänemark, Großbritannien, Italien und die Bundesrepublik Deutschland im Ländervergleich*, Münster u.a. 1993.

Tabelle 1: Zahl der Abgeordneten 1949 bis 1957⁵⁴

Frankreich	75
BR Deutschland	80
Italien	90
Vereinigtes Königreich	125

Für diese vier Länder ist also eine ausreichend breite quantitative Basis vorhanden. Allerdings spielten die Delegierten in den Debatten unterschiedliche Rollen: Während einige Abgeordnete alle neun Sitzungsperioden der Beratenden Versammlung von 1949 bis 1957 miterlebten – so beispielsweise die italienischen Christdemokraten Antonio Boggiano Pico und Mario Cingolani oder der französische Republikaner Paul Reynaud –, wurden andere nur für eine einzelne, einjährige Sitzungsperiode eingesetzt. Viele Abgeordnete fungierten zudem lediglich als Stellvertreter (also als Ersatzdelegierte, was eine für die Beratende Versammlung und die ihr nachgebildete WEU-Versammlung eigentümliche Position darstellte⁵⁵), so daß sie zum Teil nur in einigen Ausschußsitzungen aktiv wurden.⁵⁶ Die Analyse stützt sich auf jene Abgeordneten, die über einen längeren Zeitraum und inhaltlich umfassend auf europäischer Ebene tätig waren. Hierbei handelt es sich nur um eine Handvoll Politiker aus jedem dieser Länder.

Vergleicht man die Zahlen für die vier Staaten miteinander, so fällt auf, daß ausgerechnet Großbritannien die mit Abstand größte Anzahl an Delegierten entsandte, obwohl es in zweien der Versammlungen gar nicht vertreten war und die Delegationen der vier Staaten in den beiden übrigen Versammlungen jeweils gleich stark waren. Die italienischen Delegationen aller vier Versammlungen zusammen kamen mit fast 30 % weniger Personen aus. Hier zeigt sich eine weit höhere personelle Kontinuität. Diese Zahlen liefern Hinweise auf tieferliegende Strukturen und lassen die Formulierung von Arbeitshypothesen zu, etwa in Form folgender Fragen: Ist der schnelle Wechsel in den britischen Delegationen mit einem Desinteresse der britischen Politik an Europa zu erklären? Handelte es sich bei der Wahrnehmung einer politischen Instabilität Italiens um ein in den Nachbarländern verbreitetes Stereotyp, das bestimmte Strukturen fehldeutete?

Der deutlich kleinere Personenkreis, der die Vertretung kleinerer Staaten in diesem Zeitraum übernahm – 15 Repräsentanten beispielsweise für Dänemark, 27 für Belgien oder 19 für Schweden –, limitiert die Aussagekraft einer Identitätenanalyse: Die Auswahl der Delegierten wurde nicht nur aufgrund politischer Positionen, sondern auch anhand von Gesichtspunkten wie der Verhandlungssicherheit, der internationalen Erfahrung oder den Sprachkenntnissen getroffen.

⁵⁴ Diese Ziffern wie jene der beiden folgenden Tabellen beruhen auf Erhebungen des Verfassers.

⁵⁵ In der Beratenden Versammlung und der WEU-Versammlung unterschied man zwischen dem Vertreter eines Landes (in den Amtssprachen des Europarates *Représentant* bzw. *Representative* genannt) und dem Stellvertreter (*Suppléant* bzw. *Substitute*).

⁵⁶ Die Sitzungen der Ausschüsse und Kommissionen werden nicht zur Identitätenanalyse herangezogen, da sie nicht wörtlich mitprotokolliert wurden.

Dies führte zu einer Reduktion der politischen Vielfalt, die sich bei Ländern mit kleineren Delegationen besonders bemerkbar machte. Anders gesagt: Die Zufallsverengung des analysierbaren Identitätenspektrums fällt bei den Delegationen der kleineren Länder schwerer ins Gewicht als bei jenen der größeren Länder. Die auf dieser Basis getroffenen Aussagen sind daher vorsichtig zu gewichten. Dies ist ein Grund, warum die Hauptaufmerksamkeit generell auf Frankreich, Großbritannien und der BR Deutschland ruht, der zu dem Motiv hinzutritt, daß die politischen Eliten dieser drei Länder die größeren Möglichkeiten besaßen, auf die europäische Integration Einfluß zu nehmen.

Neben den Debattenprotokollen bilden die Dokumente, die diese Delegierten hinterlassen haben,⁵⁷ eine zweite Grundlage der Identitätenanalyse. Die Überlieferungslage ist dabei sehr unterschiedlich, wie Tabelle 2 zeigt:

Tabelle 2: Zugängliche Nachlässe (in öffentlichem Besitz)⁵⁸

Frankreich	15 %
BR Deutschland	30 %
Italien	5 %
Vereinigtes Königreich	40 %

Ganz offensichtlich ist in Großbritannien die Quellenlage besonders günstig: Das Vereinigte Königreich entsandte im Untersuchungszeitraum mehr Delegierte nach Straßburg als jedes andere Land, und deren Nachlässe sind zudem besonders oft zugänglich. Ebenfalls gute Bedingungen bietet die bundesdeutsche Seite. Die Überlieferungssituation für die französischen Politiker fällt bereits deutlich ab, und in Italien schließlich verbleiben Privatnachlässe meist in Familienbesitz und sind der Wissenschaft dann nur selektiv zugänglich.

Ein weiterer Punkt betrifft die Auswahl der Delegierten: Wer legte fest, welche Personen ein Land in Straßburg vertreten durften? Die Satzung des Europarates überließ es den nationalen Regierungen, das Verfahren hierzu festzulegen. Teils beanspruchten die Regierungen selbst das Recht, die Vertreter in der Beratenden Versammlung zu benennen, teils wurde dieses Recht den Parlamenten überlassen. So ernannte in Großbritannien der Premierminister die Delegierten zur Beratenden Versammlung, wobei ihm aber der Oppositionsführer eine Liste von Politikern seiner Fraktion vorlegte, die der Premier nicht anzutasten oder verändern pflgte. Das Unterhaus wurde jedoch nicht zur Ratifizierung herangezogen. In der BR Deutschland wurden die Kandidaten von den Parteien vorgeschlagen, der Bundestag bestätigte sie dann. In Frankreich wählten die Frak-

⁵⁷ Hierzu siehe Günter Buchstab (Hg.), *Archivalien von Mitgliedern und Fraktionen des Europäischen Parlaments in Archiven der Mitgliedsländer*. Kurzübersicht, Sankt Augustin 1997.

⁵⁸ Um zu diesen Zahlen zu gelangen, wurde die Anzahl der von den Abgeordneten des jeweiligen Landes überlieferten und der Wissenschaft ohne weiteres zugänglichen Nachlässe – solche in Privatbesitz wurden also nicht berücksichtigt – in Relation zu der Gesamtzahl der Abgeordneten dieses Landes im untersuchten Zeitabschnitt gesetzt.

tionsvorsitzenden der beiden Kammern in gegenseitiger Übereinkunft und in Abhängigkeit von der Stärke der Fraktionen die Vertreter aus. Anschließend wurden diese von den beiden Kammern bestätigt. Die dänischen Delegierten, die von den Parlamentsfraktionen bestimmt wurden, mußten nicht zwingend auch Parlamentsmitglieder sein. Die türkischen Repräsentanten wiederum wurden von der Regierung ohne weitere Konsultation der Parlamentsfraktionen ernannt.⁵⁹

Das italienische Gesetz schließlich sah vor, daß die Delegierten einzeln mit absoluter Mehrheit aus den Mitgliedern der beiden Kammern des italienischen Parlaments gewählt würden.⁶⁰ So konnte die Mehrheit, die die Regierung trug, die Oppositionsabgeordneten nach Belieben aus der Straßburger Delegation ausschließen. Von dieser Möglichkeit machte sie auch erschöpfenden Gebrauch. Die italienische Opposition protestierte gegen dieses Vorgehen und nahm an den Abstimmungen oft gar nicht teil. Der kommunistische Abgeordnete Antonio Giolitti etwa erklärte im Namen seiner Fraktion vor der Wahl der Delegierten 1949, der Wahlmodus verletze die Rechte der Minderheiten und widerspreche den Buchstaben wie dem Geiste der Verfassung, weshalb die Fraktion nicht an der Abstimmung teilnehme.⁶¹ Statt dessen versuchten die Abgeordneten der Linksparteien – so klagten jedenfalls ihrerseits die Vertreter der Regierungsmehrheit – die Wahlverfahren durch „verschleppende Manöver und lange Diskussionen“ zu behindern.⁶² Bei den Abstimmungen erhielten schließlich selbst führende Vertreter der Linken wie der KP-Vorsitzende Palmiro Togliatti gerade eine Stimme, während sich die Abgeordneten auch kleiner bürgerlicher Parteien satter Mehrheiten erfreuen durften. Die italienischen Christdemokraten stellten, nachdem sie bei der Wahl zur *Camera dei Deputati* 1948 einen Stimmenanteil von 48,5 % errungen hatten, im darauffolgenden Jahr 61 % der italienischen Delegierten zum Europarat. Der Anteil, den die Republikaner in der italienischen Delegation zur Beratenden Versammlung im Jahr 1954 stellten, betrug sogar 10,5 %, obwohl sie im Jahr zuvor bei der Parlamentswahl nur auf ein Ergebnis von 1,6 % der Stimmen gekommen waren. Die italienischen Kommunisten und die mit diesen verbündete sozialistische Partei – zusammen von immerhin einem Drittel und mehr der Wähler unterstützt – waren dagegen auf europäischer Ebene überhaupt nicht vertreten.

Ebenso wenig wie die italienische Linke war die im Untersuchungszeitraum nach Wählerstimmen mit jeweils über 25 % Stimmenanteilen deutlich stärkste

⁵⁹ Soweit die Informationen in der undatierten Aufstellung des britischen *Labour*-Vertreters Ronald Mackay hierzu: Procedure adopted by the Member Governments for the Appointment of Their Representatives to the Common Assembly, in: BLPES, Mackay Papers 20/4.

⁶⁰ „I diciotto membri italiani dell’assemblea consultativa sono eletti dalle due Camere, fra i propri componenti, a maggioranza assoluta“. *Gazetta ufficiale della Repubblica italiana*, N 168, S. 1 954: legge 23 luglio 1949, n 433, Art. 3, in: CD-AS, *Elezione*, Cartella III: Elezioni 1949.

⁶¹ CD-AS, *Elezione*, Cartella III: Elezioni 1949.

⁶² So kritisierte der Generalsekretär des *Partito liberale italiano*, Giovanni Malagodi, in einem Brief an Parlamentspräsident Giovanni Gronchi am 29. April 1954 diese „manovre ritardatrici e lunghe discussioni“. In: CD-AS, *Elezione*, Cartella III: Elezioni 1949.

Partei Frankreichs, die Kommunistische Partei, in einer der parlamentarischen Versammlungen vertreten. Außer der moskaufreundlichen Linken wurden auch zahlenmäßig keineswegs unbedeutende Gruppierungen der extremen Rechten nicht berücksichtigt, etwa der neofaschistische *Movimento sociale italiano*, der 1953 bei den Wahlen zur Deputiertenkammer 5,8 % der Stimmen erhielt, oder die französischen Poujadisten, die 1956 auf 11,6 % der Stimmen zur Wahl der Nationalversammlung kamen.

Ob es nun in erster Linie darum ging, die nationale Position nicht durch Zulassung wenig respektabler Vertreter zu schwächen oder darum, Gruppierungen, die prinzipiell den Zielsetzungen des Europarates ablehnend gegenüberstanden, auszuschließen: Im Ergebnis führte diese Praxis dazu, daß sich das in Straßburg vertretene politische Spektrum teilweise erheblich von jenem der entsprechenden nationalen Parlamente unterschied. Zwischen den gesellschaftlich verbreiteten Identitäten und ihrer Repräsentation auf europäischer Ebene waren also zwei Filter – nicht lediglich einer, wie auf der nationalen – eingeschaltet.

Daß sich in der „kleineuropäischen“ Gemeinsamen Versammlung rasch drei Fraktionen bildeten, denen fast alle Abgeordneten angehörten, zeigt ebenfalls die Verengung des politischen Spektrums, auch wenn sich diese aus Vertretern recht unterschiedlich geprägter nationaler Parteien zusammensetzten. Das Maß an Heterogenität war in der kleinsten Fraktion, der der Liberalen, besonders auffallend, da sich diese aus französischen Moderierten und Gaullisten, großbürgerlichen italienischen und eher national orientierten deutschen Liberalen zusammensetzte. Andere Gaullisten zogen es vor, fraktionslos zu bleiben. Der Fraktion der Liberalen und Nahestehenden, die sich 1956 in der WEU-Versammlung zusammenfand, gehörte sogar ein italienischer Monarchist sowie ein Vertreter der nationalkonservativen Deutschen Partei an. Die sozialistische Fraktion der Gemeinsamen Versammlung umfaßte außer bundesdeutschen Sozialdemokraten und französischen Sozialisten auch Vertreter zweier italienischer Parteien – der sozialdemokratischen und der radikalen –, während die Sozialistische Partei Italiens aus der Gemeinsamen Versammlung ausgeschlossen blieb. In der WEU-Versammlung schlossen sich auch die *Labour*-Vertreter dieser Gruppe an. Die zahlenmäßig stärkste Fraktion der Gemeinsamen Versammlung, die der Christdemokraten, bildete sich schließlich unter anderem aus den Abgeordneten der italienischen Christdemokratie, der französischen Volkrepublikaner, dreier christlicher Parteien aus den Niederlanden sowie der bundesdeutschen Unionsparteien. Der entsprechenden Gruppierung in der WEU-Versammlung blieben die britischen Konservativen dagegen fern. Wie aufgrund des weiteren Mitgliederkreises zu erwarten, fand sich in der Beratenden Versammlung des Europarates die im Vergleich mit den drei anderen Versammlungen größte Bandbreite unterschiedlicher politischer Strömungen.

Ein weiterer Punkt, in dem sich die Gruppe der europäischen Parlamentarier extrem von den Gesellschaften, aus denen sie sich rekrutierte, unterschied, war das Geschlechterverhältnis. Dies zeigen die relativen Anteile weiblicher Delegierter an den nationalen Delegationen (vgl. Tabelle 3):

Tabelle 3: Anteile weiblicher Delegierter

Frankreich	1 %
BR Deutschland	9 %
Italien	1 %
Vereinigtes Königreich	9 %

Es ist zunächst also eine deutliche Unterrepräsentation von Frauen zu konstatieren. Hierbei ist lediglich der numerische Aspekt berücksichtigt – eine Erhebung, die auch die unterschiedlichen Stellungen von Delegationsführer über langjähriges Mitglied bis Ersatzdelegierte bewertete, würde dies noch stärker akzentuieren. Auffallend ist zudem die Disparität zwischen Großbritannien und Westdeutschland einerseits und Frankreich und Italien andererseits. Die Schlußfolgerung liegt nahe, daß sich hier die unterschiedliche Stellung der Frauen in den verschiedenen Gesellschaften widerspiegelt. Ob auch der Schluß zulässig ist, Frauen seien in Großbritannien oder in der Bundesrepublik in den 1950er Jahren politisch einflußreicher, zumindest aber politisch stärker gleichberechtigt und „emanzipierter“ gewesen als in den beiden anderen Staaten, muß offen bleiben. Auch die aus Gründen der Mobilisierung während des Zweiten Weltkrieges vorgenommene, in den vier Ländern unterschiedlich weitgehende Eingliederung von Frauen in vorherige Männerdomänen schlägt sich womöglich in diesen Zahlen nieder – ein Prozeß also, der nicht unumgänglich dazu führen mußte, daß in der hier untersuchten Phase das traditionelle Rollenverständnis der Geschlechter in Frage gestellt wurde. Um ein fundiertes Urteil abzugeben, muß – hier wie generell – der quantitativen eine hermeneutische Analyse folgen.

Auch die Anteile weiblicher Delegierter in den Vertretungen der übrigen Staaten sind von Interesse; allerdings gestaltet sich die Interpretation hier wegen der kleineren Delegationen noch schwieriger. So findet sich unter den Staaten mit höherer weiblicher Beteiligung kein katholisch geprägtes Land, keines mit romanischer Amtssprache, kein Mittelmeeranrainerstaat, ohne daß hieraus auch direkte Kausalitäten abgeleitet werden könnten. Höhere Anteile sind für die nord- und zentraleuropäischen Staaten zu vermelden: abgesehen von Island, das durch seine geringe Bevölkerungszahl einen statistischen Sonderfall darstellt, war dieser Anteil in den Delegationen Großbritanniens, Westdeutschlands und Österreichs am höchsten, gefolgt von jenen der Saar, Dänemarks, Norwegens und der Niederlanden. Ob die wenigen Frauen in den Versammlungen nun willens und imstande waren, eine spezifisch weibliche Sicht der Dinge einzubringen oder ob sie – auch, was Vorstellungen von Identität anbetraf – dem *mainstream* ihrer männlichen Kollegen folgten, ist eine wichtige Frage.

Weiter ist die Bildungsstruktur der Gruppe der Delegierten von Belang. Anhand der britischen Delegation zur Beratenden Versammlung im Jahr 1949 kann ein exemplarischer, wenn auch nicht repräsentativer Blick auf die Schul- und Universitätsbildung der Delegierten eines Landes geworfen werden. Von den 18

Abgeordneten dieser Delegation hatten elf die Universität in Oxford oder Cambridge besucht.⁶³ Besonders markant war dieser Umstand bei den sechs Konservativen. Unter diesen befand sich nur ein einziger Absolvent einer anderen Hochschule: Winston Churchill hatte seinen Abschluß auf der Militärakademie in Sandhurst erworben. Aber auch unter den elf *Labour*-Abgeordneten fanden sich je zwei Oxford- und Cambridge-Absolventen, während nur zwei als Bildungsabschluß die *Elementary School* angaben.⁶⁴ Den vollständigen klassischen Bildungsgang der englischen Oberschicht – *Public School* in Eton oder Harrow und Hochschule in Oxford oder Cambridge – hatten fünf der 18 Abgeordneten zurückgelegt, darunter zwei aus der *Labour Party*. Dies zeigt, wie ausgeprägt der Charakter einer traditionsorientierten Elite bei der britischen Delegation in Straßburg war. Nicht zuletzt ist für die in dieser Zeit recht klassenbewußte *Labour Party* zu konstatieren, daß ihre Delegation durch einen hohen Anteil an nicht der Arbeiterklasse entstammenden Vertretern geprägt war. Ungeachtet der Besonderheiten der britischen Verhältnisse 1949 sind sie ein Beispiel dafür, daß die nationalen Delegationen alles andere als einen repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung darstellten. Diesem waren sie um so weniger ähnlich, als es sich bei ihnen als Auswahl der Parlamentsabgeordneten bereits um die Repräsentanten der Repräsentanten, um *Repräsentanten zweiter Ordnung* also, handelte.

Auch die Alterstruktur ist von Belang. Die Generationen waren in europäischen Versammlungen keineswegs gleichmäßig vertreten, was für die Ausformung kollektiver Identität eine nicht zu unterschätzende Bedeutung haben kann.⁶⁵ Um erneut einen Blick auf die britischen Delegierten in der Beratenden Versammlung 1949 zu werfen: Die meisten unter diesen befanden sich in ihren Vierzigern oder Sechzigern. Die dazwischen liegende Generation waren durch den Ersten Weltkrieg dezimiert oder zumindest am politischen Aufstieg gehindert worden.⁶⁶ Jüngere Generationen hingegen hatten die Schlüsselstellungen im politischen Leben noch nicht erreicht. Das Durchschnittsalter in der britischen Delegation betrug rund 52 Jahre. Die unterschiedlichen Erfahrungshorizonte, wie sie sich etwa aus der aktiven Teilnahme am Ersten Weltkrieg ergaben, bildeten wichtige, generationenspezifische Rahmenbedingungen kollektiver Identität.

⁶³ Diese und die folgenden Angaben beziehen sich auf: Strasbourg Who's Who, in: United Europe News. Letter of the United Europe Movement, No. 15, June 1949, S. 131–135; vgl. das Exemplar in BLPES, Rhys Williams Papers 8/1/2.

⁶⁴ Im einzelnen handelte es sich um sechs Oxford-Absolventen und fünf Cambridge-Absolventen. Von den konservativen Abgeordneten hatte vier das College in Oxford besucht, einer in Cambridge und einer in Sandhurst. Unter den *Labour*-Delegierten befanden sich zwei Absolventen aus Oxford, zwei aus Cambridge, und je einer hatte das College oder die Universität in Plymouth, in Glasgow und in Sydney besucht.

⁶⁵ Vgl. Kristin Platt u. Mirhan Dabag (Hg.), *Generation und Gedächtnis. Erinnerungen und kollektive Identität*, Opladen 1995.

⁶⁶ Diese Zahlen können weiter aufgeschlüsselt werden: Geburtsjahrgänge 1880 bis 1889: fünf Abgeordnete (also in ihren 60ern); 1890 bis 1899: zwei Abgeordnete (in ihren 50ern); 1900 bis 1909: acht Abgeordnete (in ihren 40ern). Ein britischer Abgeordneter war über 70jährig (nämlich Winston Churchill); zwei waren jünger als 40.

Schließlich ist auch die Berufsstruktur der Parlamentariergruppen von Interesse. Auch hier kann von Repräsentativität keine Rede sein. Um ein Beispiel zu nennen: Unter den 18 französischen Delegierten der ersten Sitzungsperiode der Beratenden Versammlung befanden sich vier Jura-Professoren.⁶⁷ Die Ungleichgewichtigkeit einer solchen Vertretung ist evident. Fraglich ist jedoch, welcher Schluß daraus gezogen werden kann: War eine so geprägte Gruppe überhaupt in der Lage, für Frankreich zu sprechen? Ohne die Frage vorschnell beantworten zu wollen, könnte im politischen Diskurs in Frankreich ein juristischer Denkstil als vorbildlich gegolten und prägende Kraft auch für das kollektive Selbstbild besessen haben. Ebenso besteht die Möglichkeit, daß diese Überrepräsentation in den Mechanismen zur Rekrutierung politischer Eliten in Frankreich begründet war, daß diese aber die Teilhabe der Betroffenen an den kollektiven Vorstellungen und Selbstbildern in keiner Weise berührte.

Die sozialen Besonderheiten der untersuchten Gruppe berühren einen methodischen Gesichtspunkt: In der hier eingenommenen Sicht stellen kollektive Identitäten weit verbreitete und auf ein Kollektiv bezogene Selbstverortungen von Individuen dar. Es handelt sich bei ihnen also um Selbstverortungen, die viele Individuen miteinander teilen. Die Vorstellung von freischwebenden (und dadurch abstrakt analysierbaren) kollektiven Identitäten ohne individuelles Substrat wird dagegen verworfen. Statt dessen wird postuliert, daß kollektive Identität stets an Individuen analysiert werden muß. Diese Personen reagieren aber nicht nur individuell unterschiedlich sowie situationsabhängig, sondern haben aufgrund sozialer Umstände – etwa der Zugehörigkeit zu einer Schicht, einer Generation oder einem Geschlecht – mehr oder weniger stark an verbreiteten Vorstellungen teil. Daraus folgt, daß bei der Analyse sowohl der individuelle und situationsspezifische Kontext als auch der soziale Hintergrund zu berücksichtigen ist. Nur so läßt sich das Ausmaß taxieren, in dem eine Identitätsvorstellung in einer Epoche allgemeingültig ist.

Anders gesagt: Es kann im folgenden nicht um die europäische (oder französische, deutsche, britische) Identität an sich gehen, sondern nur um Spielarten der Selbstverortung als Europäer oder Europäerin, hier studiert anhand der Äußerungen von Angehörigen der politischen Eliten. Solche Spielarten greifen auf verbreitete Vorstellungen zu, werden deswegen aber keineswegs von allen Menschen geteilt, die sich zum selben Zeitpunkt ebenfalls als Europäer (beziehungsweise Franzosen, Deutsche, Briten) betrachten. Eine Kategorie wie franzö-

⁶⁷ Bei diesen handelte es sich um den Radikalen Paul Bastid, die beiden Volksrepublikaner Pierre-Henri Teitgen und François de Menthon sowie um den Sozialisten André Philip; vgl. AN Paris, 457 AP (= NL Georges Bidault), Nr. 28: *Prémices*. Hinzu kamen einige Rechtsanwälte.

sische Identität ist also in unterschiedlichsten Ausprägungen bei Individuen zu rekonstruieren; Ausprägungen, die sich womöglich mit den Faktoren Generation, politische Richtung, geographische Herkunft usw. korrelieren lassen, aber auch ganz individuelle Variationen zeigen. Damit es sinnvoll ist, diese als Ausprägungen eines zusammenhängenden Phänomens anzusprechen, müssen sie aber in Grundzügen übereinstimmen. Nur diese konsensualen Bestandteile, also die Eigenschaft, allgemein verbreitet zu sein, lassen Identitäten zu einem *kollektiven* Phänomen werden.

3. Kollektive Identität: Ein Konzept

In den Sozial-, Geistes- und Kulturwissenschaften hat ein Begriff in den zurückliegenden Jahren stark an Einfluß gewonnen: jener der Identität. An dieser Entwicklung ist auch deutliche Kritik formuliert worden. Es ist also angebracht, kurz zu begründen, warum die vorliegende Studie sich auf „Identität“ als zentrale Kategorie stützt und wie diese und die weiteren analytischen Schlüsselbegriffe hier definiert werden.

a. Identität – Paradigma oder Plastikwort?

Nach einem Überschlag Lutz Niethammers hat sich die Zahl der deutschsprachigen Veröffentlichungen zu Fragen der Identität seit den 1950er Jahren jedes Jahrzehnt etwa verdoppelt.⁶⁸ Dabei machen Fragen der kollektiven Identität das Gros aus; nur knapp 10 % der Nennungen widmen sich Formen personaler Identität. In der Tat befaßt sich heute ein breites Spektrum an unterschiedlichen Wissenschaften mit Identitäten und Identitätskonzepten: Der Bogen spannt sich von der Philosophie und der Politologie über die Psychologie, die Wirtschafts- und die Sozialwissenschaften, die Ethnologie bis zur Geographie⁶⁹ und selbstver-

⁶⁸ Vgl. Lutz Niethammer, *Kollektive Identität. Heimliche Quellen einer unheimlichen Konjunktur*, Reinbek 2000, S. 21f, Anmerkung 23.

⁶⁹ Philosophische Betrachtungen zum Identitätsbegriff finden sich bei Emil Anghern, *Geschichte und Identität*, Berlin, New York 1985. Aus politikwissenschaftlicher Sicht argumentieren Dieter Löcherbach, *Nation und kollektive Identität*, in: *PVj* (24) 1983, S. 188–202; oder Klaus Eder, *Kollektive Identität, historisches Bewußtsein und politische Bildung*, in: Willi Cremer u. Ansgar Klein (Hg.), *Umbrüche in der Industriegesellschaft*, Opladen 1990, S. 351–367. Die Perspektive der Psychologie findet sich bei Jürgen Straub (Hg.), *Erzählung, Identität und Geschichtsbewußtsein. Zur psychologischen Konstruktion von Zeit und Geschichte*, Frankfurt a.M. 1998; oder ders., *Identität als psychologisches Deutungskonzept*, in: Werner Greve (Hg.), *Psychologie des Selbst*, Weinheim 2000. Eine sozialwissenschaftliche Bilanz zur Identitätenforschung liefern Hans Peter Frey u. Karl Haufier (Hg.), *Identität. Entwicklungen psychologischer und soziologischer Forschung*, Stuttgart 1987. Einen Überblick über sozialwissenschaftliche Konzepte bietet Heinz-Günther Vester, *Kollektive Identitäten und Mentalitäten. Von der Völkerpsychologie zur kulturvergleichenden Soziologie und interkulturellen Kommunikation*, Frankfurt a.M. 1996. Aus

ständig zur Geschichtswissenschaft. Mit einiger Berechtigung kann man also von einer „Konjunktur“ des Identitätsbegriffes sprechen,⁷⁰ die sich auch darin widerspiegelt, daß die Debatten über kollektive Identitäten nicht auf die Wissenschaften beschränkt sind, sondern gleichermaßen in Politik und Feuilleton stattfinden. Nun sehen Befürworter dieses Wandels in ihm einen Paradigmenwechsel, während Kritiker vor einem „Identitäts-Wahn“⁷¹ warnen oder zumindest den Begriff der Identität als inhaltsleeres „Plastikwort“ apostrophieren. Die Bezeichnung „Plastikwort“ steht dabei für einen „Reduktionsbegriff“, der „inhaltsarm“ ist und ein „konnotative(s) Stereotyp“ darstellt.⁷² Niethammer bezeichnet die Gesamtheit solcher Begriffe – von Identität über Prozeß, Struktur, System, Kommunikation bis hin zu Modernisierung – als einen „Bausatz von semantischen Mollusken, die alles und nichts bedeuten, aber wissenschaftlich klingen“. Und er stellt fest, daß „Identität mittlerweile ein Allerweltswort für jedweden Kontext geworden ist“.⁷³

Hier wird aber argumentiert, daß die wissenschaftliche Verwendung des Begriffes Identität dennoch sinnvoll ist: Sie kann helfen, forschungsleitende Fragen zu formulieren – sofern dem Begriff ein klares und explizit gemachtes Konzept zugrunde liegt. Bevor im nächsten Abschnitt ein solches Konzept vorgestellt und seine Schlüsselbegriffe definiert werden, sei hier aber zunächst noch ein kurzer Blick auf die Identitätenforschung im allgemeinen erlaubt, gefolgt von einigen Bemerkungen zur erkenntnistheoretischen Fundierung der vorliegenden Studie.

Die Hauptzahl der Arbeiten über kollektive Identitäten interessiert sich für deren Gegenwart oder (wünschenswerte) Zukunft,⁷⁴ weniger für ihre Vergangenheit. Nichtsdestoweniger wird Geschichte regelmäßig als Argument zur Definition kollektiver Identität eingesetzt. Zur argumentativen Unterfütterung werden dabei Zeiträume von mehreren Jahrhunderten, oft sogar Jahrtausenden herangezogen. In der Tat lassen sich Identitäten nur historisch erklären, und da insbesondere das, was man als kollektive Erinnerung bezeichnen könnte, eine entscheidende Rolle für die Formierung von Identitäten spielt, wäre eine Ausblen-

ethnologischen Überlegungen heraus argumentiert Klaus E. Müller, *Das magische Universum der Identität*, Frankfurt a.M. u.a. 1987. Geographisch argumentiert Peter Weichhart, *Raumbezogene Identität. Bausteine zu einer Theorie räumlich-sozialer Kognition und Identifikation*, Stuttgart 1990: Er differenziert drei Dimensionen der raumbezogenen Identität: „identifying the environment“, „being identified with the environment“ und „identifying with the environment“.

⁷⁰ Vgl. den Untertitel von Niethammer, *Kollektive Identität: „Heimliche Quellen einer unheimlichen Konjunktur“*.

⁷¹ Thomas Meyer, *Identitäts-Wahn. Die Politisierung des kulturellen Unterschieds*, Berlin 21998.

⁷² Der Begriff stammt von dem Altgermanisten Uwe Pörksen, *Plastikwörter. Die Sprache einer internationalen Diktatur*, Stuttgart (1988) 51997; Zitate auf S. 38 u. S. 17.

⁷³ Niethammer, *Kollektive Identität*, Zitate auf S. 33 u. S. 34f.

⁷⁴ Besonders in den gegenwartzentrierten Sozialwissenschaften befaßt man sich oft nicht ausschließlich analytisch mit dem Komplex „Identität“, sondern man tritt auch mit normativen Setzungen an ihn heran. Siehe etwa Jürgen Habermas, *Geschichtsbewußtsein und posttraditionale Identität. Die Westorientierung der Bundesrepublik*, in: ders. (Hg.), *Die Moderne. Ein unvollendetes Projekt*, Leipzig 21992, S. 157–179.

derung der historischen Dimension problematisch. Andererseits ist festzuhalten, daß etwa der Versuch, die europäische Identität über die Geschichte der abendländischen Zivilisation gleichzeitig zu definieren und zu erklären, empirisch kaum nachprüfbar ist. Entwürfe solcher Art sind abstrakt: Sie sind weder auf Datenerhebungen noch auf Quellenstudium aufgebaut, und sie können ebenso wenig durch solches Vorgehen widerlegt werden. Ihnen haftet also ein geschichtsphilosophisches Moment an, das sie von geschichtswissenschaftlichen Arbeiten, die auf Quellenstudium und -kritik aufbauen, deutlich scheidet. Sie sind deswegen aber keineswegs unwichtig – solange der Ausgangspunkt wohldefiniert und die Argumentation überprüfbar und logisch ist, wie es etwa M. Rainer Lepsius' gedankenreiche Skizze zur Frage einer europäischen Identität zeigt.⁷⁵

In den Geschichtswissenschaften haben Konzepte der kollektiven Identität etwas später und zunächst auch zögerlicher Verbreitung gefunden als in den Sozialwissenschaften im engeren Sinne. Die Aufgeschlossenheit für Forschungsansätze auf der Grundlage von Identitäten hing dabei von der Ausrichtung ab: Eine ereignisgeschichtlich orientierte Historiographie, die traditionell ihr Betätigungsfeld in den Haupt- und Staatsaktionen sah, tat sich ebenso schwer damit, einen Wert in Identitätenanalysen zu erkennen, wie eine historisch-sozialwissenschaftlich ausgerichtete Geschichtsschreibung. Dagegen zeigten sich Vertreter der *Nouvelle histoire* und besonders der Mentalitätsgeschichte aufgeschlossener. Dies ist nicht erstaunlich, sind doch Berührungsflächen und Übergangsformen zwischen Konzepten von Mentalität und Identität zu finden.⁷⁶ Die Anschlußfähigkeit besteht unter anderem in der beiden eigenen strukturellen Perspektive und der Betonung langsamen Wandels, den ein zentraler Begriff der Mentalitätsgeschichte – die *longue durée* – impliziert. Die Gemeinsamkeit geht aber noch darüber hinaus, da sich Mentalitätsgeschichte – so Peter Dinzeltbacher – „auf die bewußten und besonders die unbewußten Leitlinien“ konzentriert, „nach denen Menschen in epochentypischer Weise Vorstellungen entwickeln, nach denen sie empfinden, nach denen sie handeln.“⁷⁷ Hierunter lassen sich auch Identitäten subsumieren. Der Übergang zu Identitätenkonzepten ist also fließend. Die Betonung der unbewußten Komponente bringt jedoch Schwierigkeiten mit sich, wenn das Konzept als Grundlage einer empirischen Analyse dienen soll. Der Schritt vom Mentalitäten- zum Identitätenansatz liegt also zumindest für Bereiche nahe, die wie die politische Geschichte von Mentalitätshistorikern eher stiefmütterlich behandelt wurden. Weicht man von der Begriffsverwendung der Mentalitätshistorie ab und folgt Jean-Baptiste Duroselle, so ist dieser Schritt im Grunde genommen bereits getan: Duroselle stuft kollektive Mentalitäten nämlich

⁷⁵ Vgl. M. Rainer Lepsius, Bildet sich eine kulturelle Identität in der Europäischen Union?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 8/97, S. 948–955.

⁷⁶ Die Nähe der Konzepte äußern sich aber ebenso in den aktuellen Beiträgen zu dem Band von Valeria Heuberger, Arnold Suppan u. Elisabeth Vyslonzil, Das Bild vom Anderen. Identitäten, Mentalitäten und Stereotypen in multiethnischen europäischen Regionen, Frankfurt a.M. 1998.

⁷⁷ Peter Dinzeltbacher (Hg.), Europäische Mentalitätsgeschichte. Hauptthemen in Einzeldarstellungen, Stuttgart 1993, Vorwort, S. IX–XIV, auf S. IX.

zwischen bewußt erfaßten Doktrinen und ephemeren Meinungen ein und folgert, Mentalitäten seien als politische Grundeinstellungen aufzufassen und keineswegs primär im Unbewußten zu verorten.⁷⁸

Die Konzepte, die wissenschaftlichen Arbeiten über kollektive Identitäten zugrunde liegen, sind nach wie vor recht heterogen, wodurch die Untersuchungen zwangsläufig zu in Deutungsanspruch und -reichweite sehr unterschiedlichen Ergebnissen gelangen. Entscheidend – wenn auch selten erwähnt – ist hierfür, daß die Identitätenkonzepte auf unterschiedlichen erkenntnistheoretischen Ansätzen fußen. Dabei ist es unerheblich, ob der Ansatz explizit genannt wird oder nur implizit der Argumentation zugrunde liegt: Die Deutungszusammenhänge erfahren hier ihre prinzipielle Begründung. Insbesondere bei einer Arbeit wie der vorliegenden, die sich in dieser Hinsicht von der Hauptströmung eines Wissenschaftszweiges absetzt, ist es wichtig, einige kurze Bemerkungen zur epistemologischen Basis zu verlieren.

Kollektive Identitäten werden im folgenden als kulturelle Systeme oder als kollektive Deutungsmuster verstanden; sie stellen damit – um einen geläufigen Begriff zu verwenden – soziale Konstrukte dar. Dies bedeutet jedoch nicht, daß ein radikalkonstruktivistisches Verständnis von Identität zugrundegelegt wird.⁷⁹ Die hier eingenommene erkenntnistheoretische Position ist vielmehr jene des *kritischen Realismus*.⁸⁰ Dieser epistemologische Ansatz bezieht sich auf die grundlegende Annahme, daß eine physische Realität existiert, unabhängig davon, ob sie wahrgenommen, gedeutet und beschrieben wird oder gar Gegenstand eines Diskurses wird. Diese physische Realität wird von den Subjekten wahrgenommen, wobei die Wahrnehmungswelt des Subjektes zwangsläufig von der realen Welt (also der physischen) abweicht.⁸¹ Diese systematische Differenzie-

⁷⁸ Vgl. Jean-Baptiste Duroselle, *Opinion, attitude, mentalité, mythe, idéologie. Essai de clarification*, in: *Rel. int.* (2) 1974, S. 3–23, auf S. 4ff.

⁷⁹ Als Überblick über die verschiedenen epistemologischen Ansätze: Alan Musgrave, *Alltagswissen, Wissenschaft und Skeptizismus. Eine historische Einführung in die Erkenntnistheorie*, Tübingen 1993. Eine Begründung der Zurückweisung des radikalen Konstruktivismus etwa in: Ralf Nüse u.a., *Über die Erfindung/en des Radikalen Konstruktivismus. Kritische Gegenargumente aus psychologischer Sicht*, Weinheim 1991.

⁸⁰ Einen guten Überblick über die erkenntnistheoretische Position des kritischen Realismus, wie sie etwa von Paul Tholey entworfen worden ist, bietet Ralph Frenken, *Kindheit und Autobiographie vom 14. bis 17. Jahrhundert*, Bd. 1, Kiel 1999, auf den S. 19–28.

⁸¹ Vor allem ist die Unterscheidung zu radikalkonstruktivistischen Positionen zu akzentuieren, da diese in der Identitätenforschung eine besonders wichtige Rolle spielen. Diese Positionen können im Grunde als idealistische Konzeptionen etikettiert werden, da sie die Existenz von nicht an die Materie gebundenen geistigen Strukturen postulieren, wie es etwa die berühmte Feststellung von Jacques Derrida, *Grammatologie*, Frankfurt a.M. 1992, S. 274, andeutet: „Il n’y a pas de hors-texte.“ Der „Text“ in einer allerdings sehr umfassenden Definition wird somit zur obersten Instanz. Einen verwandten Ansatz verfolgt Ursula Lehmkuhl, *Entscheidungsprozesse in der internationalen Geschichte. Möglichkeiten und Grenzen einer kulturwissenschaftlichen Fundierung außerpolitischer Entscheidungsmodelle*, in: Loth u. Osterhammel (Hg.), *Internationale Geschichte*, S. 187–207, auf S. 195. Sie postuliert, daß „Ideen, Normen und Werte [...] eigene Akteursqualitäten entwickeln“ und somit als eigenständige Akteure – den Individuen gleich- oder

rung wird durch das Epitheton „kritisch“ markiert. Für die Betrachtung komplexer sozialer Sachverhalte führt dieser Ansatz zu ähnlichen Schlußfolgerungen, wie sie sich aus der Position des kognitiven Konstruktivismus ergeben.⁸² Eine zentrale Aussage kann dabei auf das Thomas-Theorem reduziert werden, welches postuliert, daß es keine soziale Realität *per se* gibt, daß diese vielmehr konstituiert wird, indem die Individuen das Verhalten anderer Individuen und Gruppen interpretieren.⁸³ Der Kognitionsansatz betont dabei die hohe Bedeutung von kognitiven Schemata oder Denkbildern bei der Perzeption von Realität, wobei diese *belief systems* (so der englische Terminus) das Verhalten des Individuums steuern und recht abstrakte, sich nur langsam ändernde Muster darstellen.⁸⁴ Diese Wahrnehmungsmuster werden individuell in Prozessen angeeignet, die man als Sozialisation und als Enkulturation bezeichnet. Kognitive Schemata werden somit zu allgemeinen, verbreitet anzutreffenden Phänomenen, oder, anders gesagt, zu kollektiven Faktoren. Die wissenschaftliche Rekonstruktion solcher kollektiver Wahrnehmungswelten könnte in Anlehnung an die doppelte Hermeneutik der Sozialwissenschaften als eine Konstruktion zweiten Grades aufgefaßt werden.

Auf Grundlage dieser Position kann nun eine kurze Begriffsbestimmung von *kollektiver Identität* vorgenommen werden. Allen sozial- und kulturwissenschaftlichen Identitätskonzeptionen ist gemeinsam, daß bei ihnen der Begriff Identität abweichend von der ursprünglichen Bedeutung – die sich vom lateinischen *idem*, zu übersetzen mit „derselbe“ oder „der gleiche“, ableitet – und auch von der Verwendung z.B. in der Mathematik nicht im Sinne „völliger Gleichheit“ gebraucht wird.⁸⁵ Vielmehr steht die Konstitution von Kollektiven durch Selbstzuschreibung ihrer Mitglieder im Zentrum, so daß man die nicht nur etymologisch enge Beziehung zu „identifizieren“ und „Identifikation“ hervorheben kann. Die

übergeordnet – analysiert werden müssen. Im Gegensatz zu diesen Auffassungen betrachtet die vorliegende Studie weder die Texte oder Diskurse noch die Ideen oder Normen, sondern vielmehr die Subjekte und die materielle Welt als primordiale Kategorien. Wenn hier also kollektive Identitäten analysiert werden, dann werden sie – einen methodologischen Individualismus verfolgend – als eine Rekonstruktion von Denk-, Empfindens- und Verhaltensweisen der involvierten Personen aufgefaßt.

⁸² Siehe hierzu die Ausführungen von Gottfried Niedhart, *Selektive Wahrnehmung und politisches Handeln. Internationale Beziehungen im Perzeptionsparadigma*, in: Loth u. Osterhammel (Hg.), *Internationale Geschichte*, S. 141–157, auf S. 144.

⁸³ Das Thomas-Theorem ist benannt nach William Isaac Thomas, *Social Behaviour and Personality. Contributions to Theory and Social Research*, Hg. von Edmund H. Volkart, New York 1951, deutsch: *Person und Sozialverhalten*, Neuwied u.a. 1965.

⁸⁴ Zu diesem sozialpsychologischen Ansatz siehe die Beiträge in Richard Little u. Steve Smith (Hg.), *Belief Systems and International Relations*, Oxford 1988; zum Überblick: Jakob Schissler u. Christian Tuschhoff, *Kognitive Schemata. Zur Bedeutung neuerer sozialpsychologischer Forschungen für die Politikwissenschaft*, in: APuZ, B 52–53/1988, S. 3–23 sowie Deborah Welch Larson, *The Role of Belief Systems and Schemas in Foreign Policy Decision Making*, in: *Political Psychology* (15, 1) 1994, S. 17–33.

⁸⁵ Zur sprachwissenschaftlichen Verortung des Begriffes Identität siehe Gerold Schmidt, *Identität. Gebrauch und Geschichte eines modernen Begriffs*, in: *Muttersprache* (86) 1976, S. 333–354.

Frage, durch die sich Identität erschließt, ist demzufolge nicht „gleich oder ungleich?“, sondern entweder „Wer bin ich?“ oder „Wer sind wir?“. Die Antwort auf beide Fragen – insbesondere auf letztere – rekurriert aber stark auf die Wahrnehmung von gleich und ungleich, so daß die Verwendung des Begriffs sich auch über das Faktum hinaus, daß er eingebürgert ist, begründen läßt.

Die Antwort auf die Frage „Wer bin ich?“ kann auf personale wie auf kollektive Identität zulaufen,⁸⁶ je nachdem, ob die individuelle oder die kollektive Ebene – also die Selbstdefinition über individuelle Eigenschaften oder über die Zugehörigkeit zu einer Gruppe – im Vordergrund steht. Beide Formen von Identität weisen wesentliche Gemeinsamkeiten auf und nehmen auch Bezug aufeinander. Um aber die wichtigen Unterschiede nicht zu verwischen, ist es angebracht, für die eine oder die andere Variante eine gesonderte Bezeichnung zu verwenden – etwa vom *Selbst*⁸⁷ anstelle von *personaler Identität* zu sprechen. Umgekehrt ließe sich auch kollektive Identität mit Hilfe einer Begrifflichkeit wie etwa *Wir-Gruppe*⁸⁸ umschreiben, wobei aber die Gefahr einer impliziten Verengung nicht übersehen werden darf. Als kurze Definition des Begriffs kollektive Identität kann jedenfalls formuliert werden:

- Kollektive Identität ist das simultane Sich-Gleichsetzen einer Zahl von Individuen mit einer definierten Gruppe.
- Ihre Grundlage stellt ein kulturelles System dar, das in seiner Gesamtheit eine Antwort auf die Frage „Wer sind wir?“ zu liefern imstande ist.
- Dieses kulturelle System setzt sich aus einer Reihe von Denkbildern zusammen und strukturiert so die Wahrnehmung der sozialen Wirklichkeit.
- Kollektive Identität beruht auf Erinnerungen, die Mitglieder eines Kollektivs miteinander teilen, und setzt Kommunikation innerhalb der Gruppe voraus.

Die beiden Konstituanten Kommunikation und Gedächtnis, anhand derer sich kollektive Identitäten herausbilden, zeigen die Berührungsflächen des im folgenden vorgestellten Konzeptes zu diskursanalytischen Ansätzen⁸⁹ wie zu solchen der kollektiven Erinnerung.⁹⁰

⁸⁶ Jürgen Straub, Personale und kollektive Identität. Zur Analyse eines theoretischen Begriffs, in: Aleida Assmann u. Heidrun Friese (Hg.), *Identitäten*, Frankfurt a.M. 1998, S. 73–104.

⁸⁷ Vgl etwa Werner Greve (Hg.), *Psychologie des Selbst*, Weinheim 2000.

⁸⁸ Georg Elwert, Nationalismus und Identität. Über die Bildung von Wir-Gruppen, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* (41) 1989, S. 440–464.

⁸⁹ Vgl. Peter Schöttler, Mentalitäten, Ideologien, Diskurse. Zur sozialgeschichtlichen Thematisierung der „dritten Ebene“, in: Alf Lüdtke (Hg.), *Alltagsgeschichte. Zur Rekonstruktion historischer Erfahrungen und Lebensweisen*, Frankfurt a.M. 1989, S. 85–136.

⁹⁰ Besonders einflußreich: Maurice Halbwachs, *Das kollektive Gedächtnis*, (Stuttgart 1967) Frankfurt a.M. 1991 sowie ders., *Das Gedächtnis und seine sozialen Bedingungen*, (Berlin u.a. 1966) Frankfurt a.M. 1985. Eine neue Auskleidung des Begriffs liefert Pierre Nora, *Das Ende der Gedächtnisgeschichte*, in: ders. (Hg.), *Zwischen Geschichte und Gedächtnis*, Berlin 1990, S. 11–42.

b. Das Instrumentarium: Analytische Schlüsselbegriffe

Die erste Frage einer Analyse kollektiver Identität lautet: Auf welches Kollektiv bezieht sich die Identität? Mit welcher Bezugsgruppe identifizieren sich die Individuen also, zu welcher entwickeln sie Loyalität? Bei den Objekten der Identifikation kann es sich um räumlich abgegrenzte, politisch oder administrativ definierte Einheiten handeln (etwa die Kommune – also Stadt, Dorf, Stadtteil –, die Region, die Provinz oder die Nation). Es kann sich aber auch – um nur einige der geläufigsten zu nennen – um ethnisch-kulturell definierte Kollektive drehen (Stamm, Volk, Kontinent oder Kulturkreis), um sozioökonomisch oder rechtlich bestimmte (Klassen und Stände) oder um religiös-konfessionell charakterisierte (Kirchen und andere Glaubensgemeinschaften).

Auch wenn die Einführung eines neuen Begriffs häufig eher zur Verwirrung denn zur Klärung beiträgt, erscheint es an dieser Stelle sinnvoll, eine neue Bezeichnung für solche Großgruppen vorzuschlagen. Für das Substrat einer kollektiven Identität steht im folgenden die Bezeichnung *Metagruppe*. Dabei ist an eine semantische Nähe zu dem von Benedict Anderson eingeführten Begriff der *imagined community* – also einer vorgestellten Gemeinschaft – zu denken:⁹¹ Auch diese skizziert eine soziale Einheit, in der die persönlichen Beziehungsstrukturen ihrer Angehörigen zeitlich wie räumlich transzendiert werden. Der Begriff – den Anderson für die Nation expliziert hat, dessen Übertragbarkeit auf verwandte soziale Größen aber naheliegt – hat jedoch einen allgemeinen und einen speziellen Nachteil: Im allgemeinen betont er das Imaginäre zu sehr und stellt die soziale Wirksamkeit dieser Imaginationen zu stark hinten. Im speziellen aber besteht im Zusammenhang mit der europäischen Integration die Gefahr der begrifflichen Konfusion, ist die Bezeichnung „Gemeinschaft“ mit dieser doch sehr eng, nur eben mit anderer Bedeutung, verknüpft. Die Differenzierung der Inhalte würde also erst durch die Epitheta „vorgestellt“ oder „europäisch“ ermöglicht, wobei zu bedenken ist, daß auch etwa die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl Züge einer „vorgestellten Gemeinschaft“ aufwies. Aber auch andere analytische Begriffe sind problematisch: So handelt es sich bei Metagruppen zwar selbstverständlich um „soziale Konstrukte“; diese Bezeichnung aber hebt – ähnlich wie jene der *imagined community* – einen Aspekt hervor, nämlich den der Konstruiertheit, und vernachlässigt, daß solche Konstrukte sich nicht nur in einem Diskurs fassen lassen, sondern darüber hinaus ganz real die Lebenswirklichkeit der Menschen prägen. Der Begriff „soziale Entität“ hingegen suggeriert einen primordialen Charakter und hebt die Konstruiertheit zu wenig hervor. Die unspezifizierte Bezeichnung „Gruppe“ setzt den Gegenstand nicht von Kleingruppen wie der Familie oder Schulklasse ab. Diesen kommen aber Merkmale zu, die Metagruppen abgehen, nämlich die Überschaubarkeit und

⁹¹ Vgl. Benedict Anderson, *Imagined Communities. Reflections on the Origin and Spread of Nationalism*, London (1983) ³1996, deutsch: *Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts*, Berlin (1988) ³1998, auf S. 14f der deutschen Ausgabe.

prinzipielle Erfassbarkeit in Zeit und Raum, basierend auf persönlichen, unmittelbaren Beziehungen, die im Gegensatz zu den großteils anonymen und technisch multiplizierten Strukturen der Metagruppen stehen. Auch andere Bezeichnungen – Kollektiv, Großgruppe, Gesellschaft – befriedigen nicht, da sie nicht die Gesamtheit des Phänomens erfassen, so daß die Verwendung des Neologismus Metagruppe gerechtfertigt ist.

Kollektive Identität basiert auf der Wahrnehmung von Kontrasten. Man kann zu analytischen Zwecken zwischen zwei formierenden Elementen kollektiver Identität – der *Homogenität* und der *Differenz* – unterscheiden,⁹² die real aber stets zusammenwirken und untrennbar miteinander verwoben sind: Die Perzeption von Homogenität basiert auf einer tatsächlichen oder vorgestellten Gleichheit und Gleichartigkeit der Mitglieder einer Metagruppe, während die Perzeption von Differenz das reale oder imaginierte Anderssein dieser Metagruppe im Vergleich zu fremden Gruppen zur Grundlage hat.

Die Ausbildung einer kollektiven Identität bedarf also der Wahrnehmung von Homogenität durch die Mitglieder einer Metagruppe. Dies bedeutet, daß eine kollektive Übereinstimmung in Fragen grundsätzlicher Eigenschaften vorhanden ist, die den Gruppenangehörigen den Eindruck der Homogenität und Gleichheit vermittelt und für diese mit der Vorstellung einhergeht, einer Gemeinschaft anzugehören, ja letztlich, eins zu sein. Es handelt sich also einerseits um eine Setzung, andererseits um eine Perzeption: Homogenität wird gleichzeitig postuliert und wahrgenommen. Die perzipierte oder vorgestellte Gleichartigkeit erlaubt den Vergleich der eigenen Metagruppe mit fremden Kollektiven und ermöglicht so die Perzeption von Differenz. Dies zeigt, wie eng die Wahrnehmung von Homogenität mit derjenigen von Differenz verschränkt ist.

Die Differenz kann, ebenfalls zu analytischen Zwecken, weiter aufgegliedert und hierzu zwischen einer *positiven* und einer *negativen Differenz* unterschieden werden. Bei beiden Formen wird die eigene Metagruppe in Relation zur Außenwelt gesetzt. Die Wahrnehmung positiver Differenz zu anderen Metagruppen beinhaltet jene von Homogenität, fußt also auf einer kollektiven Übereinstimmung über die grundlegenden Eigenschaften, Merkmale und Strukturen der eigenen Metagruppe; sie ergänzt diese aber um die Schlußfolgerung: „Wir sind anders, weil wir dieses oder jenes denken/haben/empfinden.“ Die Perzeption negativer Differenz dagegen konzentriert sich auf die Außenwelt, umfaßt die Phänomene der Ab- und Ausgrenzung oder der Exklusion und führt zu Schlußfolgerungen des Typus: „Die anderen sind anders als wir, weil sie dieses oder jenes Merkmal aufweisen.“ Das abgrenzende Merkmal ist dabei meist negativ konnotiert. Bei der positiven Differenz ruht also der vergleichende Blick vor

⁹² Christian Schneider sieht „nationale Identität“ durch Homogenität und Differenz bestimmt, was ohne weiteres auf „kollektive Identität“ verallgemeinert werden kann. Vgl. Christian Schneider, Identität und Identitätswandel der Deutschen nach 1945, in: Wilfried Loth u. Bernd-A. Rusinek (Hg.) Verwandlungspolitik. NS-Eliten in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft, Frankfurt a.M. u.a. 1998, S. 247–258, auf S. 249f.

allem auf den eigenen Eigenschaften, bei der negativen Differenz auf jenen der anderen. Die Voraussetzung für Wahrnehmung von Differenz ist aber in beiden Fällen die Vorstellung von Homogenität.

In dieser Studie wird der Fokus auf politische Identitäten eingegrenzt, d.h. auf die Selbstverortung in politisch definierten und gewollten Metagruppen, die territorial abgrenzbar sind. Untersucht werden Formen der europäischen Identität sowie Aspekte nationaler Identität mit Bezug zur europäischen Integration. Es ist aber einsichtig, daß politische Identität als integraler Bestandteil einer umfassenderen *kulturellen* Identität aufzufassen ist. Dieses weiter gefaßte kulturelle System reicht vom Essen über die Familienstrukturen, Erziehung und Geschlechterverhältnisse, religiöse Traditionen, Bildungsvorstellungen bis zu wirtschaftlichen Einstellungen und beinhaltet auch umfassende Wertesysteme, etwa die Einstellungen zur Arbeit, zur Familie, zur Rolle im öffentlichen Leben. Diese kulturelle Identität trägt zur Selbstvergewisserung und damit auch zur Differenzierung von anderen Gruppen im positiven Sinne bei. Ihr ist damit eine hohe Prägekraft für politische Identität im engeren Sinne zuzusprechen.

Unterschiedliche kollektive Identitäten können gleichzeitig neben- oder miteinander existieren. So kann sich eine europäische Identität neben nationalen und regionalen Identitäten finden. Bei diesem Phänomen soll von *multiplen* Identitäten⁹³ gesprochen werden, wobei hervorzuheben ist, daß diese zum Teil als widerspruchsfrei vereinbar empfunden werden – sozusagen als *komplementäre* Identitäten –, daß sie in anderen Fällen aber auch in einem Konkurrenzverhältnis zueinander stehen. Diese *konkurrierenden*, aber miteinander vereinbaren Identitäten sind von *exklusiven* Identitäten – also solchen, die einander ausschließen – zu unterscheiden. So ist es möglich, daß sich jemand gleichermaßen als Mailänder, Katholik, Lombarde, Christdemokrat, Italiener und Europäer betrachtet, während sich Zugehörigkeiten wie Schotte und Engländer, Calvinist und Katholik, Sozialdemokrat und Christdemokrat gegenseitig ausschließen. Andere Fälle erfordern empirische Untersuchung: So läßt sich zum Beispiel nicht *a priori* eindeutig beantworten, inwieweit die Verortungen als Baske und als Spanier in einem historischen Zeitabschnitt und in bestimmten Bevölkerungsschichten als multiple oder als konkurrierende Identitäten zu betrachten sind.

Hier drängt sich die Frage auf, in welchem Verhältnis zwei besonders viel diskutierte Kategorien, die nationale und die ethnische Identität, zueinander stehen. Anthony D. Smith weist darauf hin, daß nationale Identitäten oft stark durch ihre ethnischen „Wurzeln“ bestimmt sind.⁹⁴ Und Panikos Panayi hebt die Nähe im Wortsinn hervor: „Ethnicity comes from the Greek word, ethnos, which simply means ‚nation‘: no difference exists between an ethnic group and a nation, in the true sense of the meaning of the latter word“.⁹⁵ Sowohl bei Nationen

⁹³ Anthony D. Smith, *National Identity*, Harmondsworth 1991, S. 3–8.

⁹⁴ Vgl. ders., *The Ethnic Origin of Nations*, Oxford 1986.

⁹⁵ Panikos Panayi, *An Ethnic History of Europe Since 1945. Nations, States and Minorities*, Harlow (Essex) 2000, S. 101.